

Wimmen, Heiko

**Research Report**

## Teilen und Herrschen: Konfessionalismus und Machterhalt im Arabischen Frühling. Bahrain, Irak, Libanon und Syrien

SWP-Studie, No. S 11/2014

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Wimmen, Heiko (2014) : Teilen und Herrschen: Konfessionalismus und Machterhalt im Arabischen Frühling. Bahrain, Irak, Libanon und Syrien, SWP-Studie, No. S 11/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252857>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Heiko Wimmen*

## Teilen und Herrschen

Konfessionalismus und Machterhalt  
im Arabischen Frühling: Bahrain, Irak,  
Libanon und Syrien

S 11  
Juli 2014  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2014

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Übersetzung von  
SWP Research Paper 4/2014,  
»Divisive Rule«;  
Übersetzerin: Ina Goertz

# Inhalt

<b>5</b>	<b>Problemstellung und Schlussfolgerungen</b>
<b>7</b>	<b>Bahrain</b>
7	Politische Auseinandersetzungen und Konfessionalismus
10	Konfessionalismus und der Aufstand von 2011
<b>14</b>	<b>Irak 2011/2013</b>
15	Konfessionalismus und politische Konflikte im Irak
17	Konfessionalismus in den Protestbewegungen von 2011
18	Vom irakischen zum sunnitischen Frühling
<b>19</b>	<b>Libanon 2005/2011</b>
20	Konfession und Staat
21	Konfession, Widerstand und der Aufstand von 2005
22	2011: Ein neuer Beiruter Frühling
<b>25</b>	<b>Syrien</b>
26	Konfession, Macht und Gewalt
27	Konfessionalismus im syrischen Aufstand
<b>31</b>	<b>Schlussbemerkungen und Empfehlungen</b>
33	Empfehlungen
<b>38</b>	<b>Abkürzungen</b>

*Heiko Wimmen ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika und Koordinator des SWP-Projekts »Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt«.*

*Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit der arabischen Welt sowie der Robert Bosch Stiftung, und kooperiert mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Studienwerk der Heinrich Böll Stiftung sowie dem Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung.*

**Teilen und Herrschen**  
**Konfessionalismus und Machterhalt im Arabischen**  
**Frühling: Bahrain, Irak, Libanon und Syrien**

Als im Frühjahr 2011 in Tunesien und Ägypten seit Jahrzehnten regierende Autokraten gestürzt wurden, breitete sich von dort eine Welle des Protests über die gesamte arabische Welt aus. Diese erfasste auch vier Länder, die in ihrer jüngeren Geschichte unter gewaltvollen ethnischen und konfessionellen Konflikten zu leiden hatten und deren Gesellschaften als *tief gespalten* bezeichnet werden können. Bahrain, Irak, Libanon und Syrien unterscheiden sich jedoch erheblich im Hinblick auf die Fähigkeit des Staates, die politische Ordnung zu gestalten und zu bewahren. Der Libanon und der Irak nach 2003 sind Beispiele für *schwache Staaten*, in denen politische Akteure konfessionelle Gegensätze zur Durchsetzung ihrer Machtansprüche instrumentalisieren und dabei zugleich strategische Interessen externer Schutzmächte betreiben. Im Irak vor 2003, in Syrien und in geringerem Maße auch in Bahrain nutzten autoritäre Herrscher die Instrumente eines *starken Staates* für Strategien des Teilens und Herrschens, um soziale Akteure davon abzuhalten, ihre Machtposition ernsthaft in Frage zu stellen.

Viele Beobachter und politische Entscheidungsträger befürchteten daher, dass Massenbewegungen wie in Tunesien und Ägypten in diesen Ländern zu destruktiven Konflikten führen könnten. Die Machtapparate selbst trugen dazu bei, diese Ängste sowohl bei ihren ausländischen Verbündeten als auch bei ihren Anhängern vor Ort zu schüren, um sich selbst als die einzigen Garanten für Stabilität darzustellen. Anhänger der Protestbewegungen verwarfen solche Warnungen von Seiten der Regime als offenkundig eigennützig und beschuldigten ausländische Akteure, strategische Interessen vor demokratische Prinzipien zu stellen.

Anfangs muteten solche Sorgen in der Tat überzogen an. Einigen erschienen sie möglicherweise als Ausdruck derselben abschätzigen (orientalistischen) Denkweise, die die Chancen für Demokratie in der arabischen Welt generell unterschätzt und viele Beobachter daran gehindert hatte, die Erhebungen von 2011 vorherzusehen. Ebenso wie in Tunesien und Ägypten blieben die Protestbewegungen in den hier analysierten vier Staaten zunächst überwiegend friedlich. Die Aufständischen bedienten sich eines Diskur-

ses, der die Einheit des Volkes gegen die autoritären, korrupten und Uneinigkeit stiftenden Eliten betonte. Bis zu einem gewissen Maß erzeugten sie sogar eine Solidarität, die die tiefen gesellschaftlichen Gräben überbrückte. Für einen kurzen historischen Moment schien es geradezu denkbar, dass die Anziehungskraft der Proteste die Spaltungen dieser Gesellschaften überwinden könnte.

Damit erhoben diese Bewegungen einen Anspruch mit potenziell gewaltiger politischer Durchschlagskraft. Mit Ausnahme der Kurdengebiete im Irak und in Syrien ist die nationale Einheit in allen vier Ländern ein hochgeschätztes Ideal, trotz – oder vielleicht auch gerade aufgrund – der bestehenden Gegensätze. Die Regierungen und politischen Akteure in diesen Staaten gründen einen erheblichen Teil ihrer Legitimität darauf, die Einheit der Nation zu schützen und interne Konflikte einzudämmen. Die Protestbewegungen setzten ihre eigenen *Narrative von nationaler Einheit und Aussöhnung* dagegen und drohten so, dieser Herrschaftstechnik den Boden zu entziehen.

Schließlich sollten die Skeptiker Recht behalten. Unterstützt von den verbündeten Königreichen der Golfregion schlug das Regime in Bahrain den massiven Aufstand in dem kleinsten aller arabischen Staaten nieder und verhängte Kollektivstrafen gegen die schiitische Bevölkerung. Im Irak dämmte Ministerpräsident Nuri Al-Maliki die Proteste durch eine geschickte Mischung aus Unterdrückung und konfessioneller Gegenmobilisierung ein, nur um zwei Jahre später eine tödliche Welle konfessioneller Gewalt zu ernten. Libanons »Intifada der Unabhängigkeit« von 2005, das erste und wohl erfolgreichste Beispiel einer politischen Massenbewegung in der Region, führte rasch zu einer erbitterten Konfrontation zwischen sunnitischen und schiitischen Libanesen. Anfang 2011 gewann eine Bewegung für »den Sturz des konfessionellen Regimes« an Unterstützung, wurde dann aber schnell selbst wieder von denselben konfessionellen Gegensätzen eingeholt. In Syrien erreichten die überwiegend friedlichen Demonstrationen gegen das Assad-Regime bis zum Sommer 2011 enorme Ausmaße, doch die extrem gewalttätige Reaktion verwandelte die politische Auseinandersetzung in einen verheerenden konfessionellen Konflikt und Syrien in ein neues Schlachtfeld für militante sunnitische Islamisten. In allen vier Ländern mündeten die Bewegungen in Gewalt und eine Vertiefung der Spaltungen.

In dieser Studie wird gezeigt, dass diese Entwicklung keineswegs unvermeidlich war. Zwar haben Missstände und die lebendige Erinnerung an Benachteiligung

und Gewalt in der jüngsten Vergangenheit in allen vier Staaten gefährliche gesellschaftliche Minenfelder erzeugt. Doch es bedurfte konkreter politischer Entscheidungen, um diese zur Explosion zu bringen. Die herrschenden Regime und etablierte politische Akteure hatten ein ureigenes Interesse daran, die friedlichen Bewegungen gegen Machtmissbrauch und Korruption in einen gewaltsamen Konflikt zu verwandeln und so die Bevölkerung zu zwingen, bei ihnen Schutz zu suchen. Dafür standen ihnen auch die nötigen Mittel zur Verfügung: Institutionen und Anhänger, die zur Gewaltwendung bereit waren, sowie Medien, die über diese Gewalt im gewünschten Sinne berichteten. Schließlich profitierten die auf Konfrontation ausgerichteten Hardliner von dem anhaltenden strategischen Wettstreit in der Region, der externe Akteure zur Bereitstellung diplomatischer und materieller Unterstützung bewegte.

Eine Reihe von Unzulänglichkeiten, die typisch für gespaltene Gesellschaften sind, hinderten die Aufstandsbewegungen überdies daran, das volle Potential ihrer anfänglich inklusiven Anziehungskraft auszuschöpfen. Damit blieb jene breite Solidarisierung über soziale Gräben hinweg unmöglich, die in Tunesien oder Ägypten zum Erfolg geführt hatte. Stattdessen schwand die konfessionsübergreifende Unterstützung im Verlauf der Krise immer weiter, und die Bewegungen lösten sich entweder ganz auf oder wurden selbst zu Parteigängern in jenen Konflikten, die sie zunächst zu überwinden gehofft hatten.

Diese entmutigenden Erfahrungen sollten nicht zu dem Schluss führen, dass autoritäre Regierungssysteme die einzig praktikable Lösung für gespaltene Gesellschaften seien, oder gar dazu, dass Deutschland und Europa solche Herrschaftsformen hinnehmen sollten. Wie die Katastrophe in Syrien (und davor in Jugoslawien) vor Augen führt, schafft die Unterdrückung ethnischer und konfessioneller Konflikte diese nicht aus der Welt. Im Gegenteil, autoritäre Regime kultivieren solche Gegensätze mindestens genau so sehr, wie sie sie eindämmen. Stattdessen sollten Deutschland und Europa in allen vier Ländern mit jenen Kräften zusammenarbeiten, die für konfessionsübergreifende Solidarität eintreten, und Initiativen für nationale Aussöhnung aktiv unterstützen. Wenn diese Ansätze erfolgreich sein sollen, ist es darüber hinaus notwendig, die Spannungen in der gesamten Region zu reduzieren. Dazu muss eine Form der Zusammenarbeit sowohl mit dem Iran als auch mit den Ländern des Golfkooperationsrats (GKR) gefunden werden, die die Sicherheitsbelange beider Seiten berücksichtigt.

## Bahrain

Bereits im Herbst 2010 war es im Vorfeld der Parlamentswahlen in Bahrain zu einer Welle von Verhaftungen von Menschenrechtlern und Oppositionellen gekommen.<sup>1</sup> Angeregt durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten riefen anonyme Online-Aktivisten Ende Januar 2011 zu einem »Tag des Zorns« auf.<sup>2</sup> Am 14. Februar fanden in 55 Ortschaften in allen Teilen des Königreichs spontane Demonstrationen mit meist nur wenigen Hundert Teilnehmern statt. Am Abend dieses Tages wurde das erste Todesopfer gemeldet.

Das Begräbnis am nächsten Tag war von weiteren Zusammenstößen begleitet, bei denen es zu einem zweiten Todesfall kam. Daraufhin errichteten die Demonstranten ein provisorisches Zeltlager auf dem Perlenplatz, einem Verkehrsknotenpunkt am westlichen Rand des Finanzviertels von Manama. Das Lager wurde am 17. Februar von Polizeikräften geräumt; dabei starben vier weitere Menschen. Als der reformwillige Flügel des Herrscherhauses zwei Tage später vorübergehend die Oberhand gewann, wurden die Polizeikräfte abgezogen, woraufhin die Demonstranten den Platz erneut besetzten. In den vier darauffolgenden Wochen wurde der Perlenplatz zu einem Forum für öffentliche Debatten, politische Aktionen und Großkundgebungen.<sup>3</sup> Mit der Zeit stellten die Demonstranten immer radikalere Forderungen: Anstelle der Reformagenda, die von den offiziellen Oppositionsparteien und Vertretern des Regimes in einem hastig einberufenen »Nationalen Dialog« diskutiert wurde, verlangten immer mehr Demonstranten den »Sturz von [König] Hamad« und den Übergang zu einer Republik. Am 21. Februar fand auf der anderen Seite der Stadt unter der Führung von prominenten sunnitischen Geistlichen und Politikern eine Gegendemon-

stration statt, deren Teilnehmer ihre Loyalität zur Al-Khalifa-Dynastie bekundeten.

Bald darauf kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese wurden von (überwiegend saudi-arabischen) Einheiten der gemeinsamen Streitkräfte des Golfkooperationsrats (GKR) zum Anlass genommen, am 14. März in den Inselstaat einzumarschieren. Drei Tage später wurde der Perlenplatz zum zweiten Mal geräumt. Die anschließende Welle an repressiven Maßnahmen hatte Züge einer Hexenjagd.<sup>4</sup> Heute, fast drei Jahre später, herrscht nach wie vor Stillstand im politischen Prozess. Der Nationale Dialog ist zum Erliegen gekommen, und die wichtigsten Oppositionsparteien boykottieren das Parlament. In schiitischen Wohngebieten kommt es täglich zu Protesten und Ausschreitungen, während Oppositionsführer und Aktivisten aufgrund von höchst unglaubwürdigen Beschuldigungen in Haft gehalten werden.

### Politische Auseinandersetzungen und Konfessionalismus

Die Ereignisse von 2011 folgten einem seit Jahrzehnten wiederkehrenden Muster: Wann immer die Herrscher von Bahrain ihren Machtanspruch in Frage gestellt sahen – durch Forderungen nach Mitbestimmung, aufgrund von Rivalitäten innerhalb der Dynastie oder durch Verlust ausländischer Unterstützung –, kamen sie ihren innenpolitischen Gegnern regelmäßig entgegen. Dabei gingen sie jedoch nie so weit, die Kontrolle über Staatsführung und Ressourcen abzutreten. Sobald die Bedrohung abgewendet war, wurden die vereinbarten Mitbestimmungsmöglichkeiten rückgängig gemacht oder inhaltlich ausgehöhlt und die anschließenden Proteste gewaltsam niedergeschlagen.

So erhielt Bahrain 1973, als das Land den Schutz durch das britische Protektorat verloren hatte, erstmals eine Verfassung und ein Parlament. Als aber die USA zwei Jahre später die Rolle Großbritanniens in der Region übernahmen, wurde die Verfassung wieder

<sup>1</sup> Jon Marks, »Bahrain Returns to the Bad Old Days«, in: *The Guardian*, 13.9.2010, <[www.theguardian.com/commentisfree/2010/sep/13/bahrain-opposition-protests](http://www.theguardian.com/commentisfree/2010/sep/13/bahrain-opposition-protests)> (Zugriff am 23.4.2014).

<sup>2</sup> Die Facebook-Seite »14. Februar – Revolution in Bahrain« (arabisch), wurde am 26. Januar eingerichtet, <<https://www.facebook.com/TrueRoyalDemocracy>> (Zugriff am 30.4.2014).

<sup>3</sup> Amal Khalaf, »Squaring the Circle: Bahrain's Pearl Roundabout«, in: *Middle East Critique*, 22 (2013) 3, S. 265–280.

<sup>4</sup> Siehe *Report of the Bahrain Independent Commission of Inquiry* in seiner endgültigen Fassung vom 10.12.2011, <[www.bici.org.bh/BICIreportEN.pdf](http://www.bici.org.bh/BICIreportEN.pdf)> (Zugriff am 23.4.2014).



ausgesetzt und das Parlament aufgelöst. Innenpolitische Zustimmung erkaufte sich Emir Isa bin Salman Al Chalifa mit Hilfe von steigenden Öleinnahmen. Nach 1989 bewegten der weltweite Demokratisierungstrend und das Interesse der USA an einer Stabilisierung der Region das Regime zu einigen Zugeständnissen an eine sich herausbildende Verfassungsbewegung. Sobald sich die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Amerikaner jedoch auf die Konflikte in Jugoslawien und Ruanda richtete, wurden weitergehende Forderungen unterdrückt, was zu einer regelrechten »Intifada« führte, die bis zum Ende des Jahrzehnts andauerte. Als der neue Emir (und heutige König) Hamad 1999 die Führung des Inselstaats übernahm, versprach er mit der »Nationalen Aktionscharta« zunächst umfassende Reformen und fand damit breite Zustimmung in der Öffentlichkeit. Nachdem er jedoch seine Machtposition gesichert hatte und aufgrund der bevorstehenden Invasion im Irak wieder auf rückhaltlose Protektion von Seiten der USA rechnen durfte,<sup>5</sup> dekretierte Hamad eine Verfassung, die dem Parlament nur wenig tatsächliche Mitbestimmung einräumte. Der Zuschnitt der Wahlkreise garantierte überdies, dass selbst dieses weitgehend machtlose Parlament von einer königstreuen Mehrheit dominiert wurde.

Die politische Opposition bemühte sich dagegen – meist ohne Erfolg – eine einheitliche Front und gemeinsame Strategie zu bewahren. Immer wieder kam es zu Spaltungen von Bewegungen und Parteien in »Radikale«, die es ablehnten, machtlose Institutionen und Partizipationsinstrumente ohne Substanz zu legitimieren, und »Moderate«, die lieber an einem unvollkommenen Prozess teilhaben wollten als an gar keinem. So bildete sich im Laufe von sechs Jahrzehnten ein Muster heraus, das den Ablauf und die Ergebnisse der politischen Auseinandersetzung vorhersehbar machte, bei der sich zudem oft immer wieder dieselben Akteure gegenüberstehen.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Die USA unterhalten in Bahrain mit einem Zentralkommando (U.S. Naval Forces Central Command) und der 5. US-Flotte ihren wichtigsten Flottenstützpunkt in der Region. Er diene als Hauptstützpunkt für die »Operation Iraqi Freedom« im Jahr 2003.

<sup>6</sup> Nicht nur die Macht wird in Bahrain dynastisch vererbt, sondern auch die oppositionellen und allgemein politischen Aktivitäten werden oft innerhalb der Familie tradiert. Viele prominente Aktivisten setzen die Arbeit ihrer Väter oder Schwiegerväter fort. Die Anführer des Aufstands in Bahrain von 2011 waren mehrheitlich Veteranen der »Intifada« der 1990er Jahre.

Dagegen wichen sowohl das Regime als auch die Opposition dem Thema der Ungleichbehandlung der verschiedenen religiösen Gruppen bis in die späten 1970er Jahre hinein aus. Diese Ungleichheit hat ihre Wurzeln im Prozess der Staatsgründung von Bahrain.<sup>7</sup> In der Zeit vor der Kolonialisierung im ausgehenden 18. Jahrhundert hatten Beduinenstämme von der arabischen Halbinsel die Kontrolle über Bahrain übernommen und ein Feudalsystem eingeführt, in dem (schiitische) Einwohner durch (sunnitische) Eroberer ausgebeutet wurden. Die Etablierung einer modernen Administration und Wirtschaft durch die Protektoratsmacht Großbritannien nach 1930 eröffnete vielen Schiiten die Möglichkeit, durch individuellen beruflichen Erfolg der feudalen Abhängigkeit zu entkommen. Andere erreichten einen solchen Aufstieg als Verwalter und Klienten der Feudalherren. Derartige Aussichten zogen auch zahlreiche (meist sunnitische) Einwanderer von der persischen Küste an, die weder mit der Dynastie verwandt waren noch dieser besondere Loyalität entgegenbrachten. Die Mehrheit der schiitischen Bevölkerung blieb jedoch von dem wachsenden Wohlstand ausgeschlossen, und der fehlende Zugang zu den Korridoren der Macht führte zur Vernachlässigung ihrer Stadtviertel und Dörfer.

Die Gegner der Monarchie stellten jedoch nicht die ungleiche Behandlung der verschiedenen religiösen Gruppen in den Mittelpunkt ihres Protests, sondern konzentrierten sich auf ideologische Diskurse wie arabischen Nationalismus und Kommunismus. Den Konfessionalismus lehnten sie als rückständig und abträglich für die angestrebten Ziele der Einheit von Nation und Klasse ab. Ihre Mitglieder kamen größtenteils aus dem städtischen Raum, wo sie viel Kontakt hatten mit Angehörigen anderer konfessioneller Gruppen. Viele Anhänger der Königsfamilie stammten dagegen von den beduinischen Eroberern ab und waren entsprechend Sunniten. Die Herrscher von Bahrain hatten jedoch kein Interesse an der systematischen Bevorzugung einer Konfession gegenüber den anderen.

<sup>7</sup> Zum folgenden Narrativ siehe Fuad I. Khuri, *Tribe and State in Bahrain. The Transformation of Social and Political Authority in an Arab State*, Chicago 1980; Abdulhadi Khalaf, *Contentious Politics in Bahrain*, Oslo, August 1998, <[www.smi.uib.no/pao/khalaf.html](http://www.smi.uib.no/pao/khalaf.html)>, 1998; Ute Meinel, *Die Intifada im Ölscheichtum Bahrain. Hintergründe des Aufbegehrens von 1994–98*, Münster 2002; Justin Gengler, *Ethnic Conflict and Political Mobilization in Bahrain and the Arab Gulf*, PhD Thesis, Ann Arbor, 2011, <[www-personal.umich.edu/~jgengler/docs/diss/Dissertation%20-%20Combined,%20formatted.pdf](http://www-personal.umich.edu/~jgengler/docs/diss/Dissertation%20-%20Combined,%20formatted.pdf)> (Zugriff jeweils am 23.4.2014).

Vielmehr strebten sie danach, königstreue Verbündete in allen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, nicht zuletzt unter schiitischen Geistlichen, um so den gefährlichen Einfluss säkularer Ideologien auf die unteren Schichten zu begrenzen. Zur königlichen Klientel gehörten auch viele Schiiten, die ihre gesellschaftliche Position auf diesem Wege verbessern konnten.

Die iranische Revolution von 1979 veränderte diese Gleichung von Grund auf. Mit seiner weitgehend entrechteten schiitischen Mehrheit und seiner autoritären, prowestlichen Regierung bot sich Bahrain als Ziel für die Pläne Irans an, seine Revolution zu »exportieren«. Es ist nach wie vor umstritten, in welchem Ausmaß Teheran im Rahmen dieser Bestrebungen subversive Aktivitäten in Bahrain unterstützt hat,<sup>8</sup> aber dieser Verdacht vergiftet seither die Beziehung zwischen dem bahrainischen Staatsapparat und seinen schiitischen Bürgern. Zweifel an der Loyalität bahrainischer Schiiten führten in einer Zeit sinkender Öleinnahmen und steigender Arbeitslosigkeit zur Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppe in vielen Beschäftigungsfeldern. Da der wirtschaftliche Schwerpunkt des Inselstaats sich seit den 1980er Jahren zunehmend auf den Einzelhandel, die Finanzbranche und den Tourismus verlagerte und der Grad gewerkschaftlicher Organisation zurückging, sank die Zahl der bahrainischen Jugendlichen, die über einen Arbeitsplatz im städtischen, konfessionell gemischten Umfeld (oder überhaupt über einen Arbeitsplatz) verfügten und die Erfahrung einer interkonfessionellen Solidarität im Dienste gemeinamer Interessen hätten machen können. Gleichzeitig wurde Wohnraum in den gemischten Vierteln in der Innenstadt von Manama selbst für diejenigen unerschwinglich, die noch Arbeit hatten. Infolge dieser Entwicklung gelang es einer neuen Generation junger, im Iran ausgebildeter schiitischer Geistlicher mit einer klaren sozialpolitischen Agenda, schiitische Moscheen und Gemeinschaftszentren am Rande der Hauptstadt in

8 Beispielsweise verhaftete die bahrainische Regierung Ende 1981 Mitglieder der vom Iran ideell und materiell geförderten Islamischen Front für die Befreiung Bahrains (IFLB) unter dem Vorwurf, terroristische Anschläge zu planen, um einen allgemeinen Aufstand der schiitischen Bevölkerung zu initiieren. Ein Überblick über angebliche iranische Komplote gegen Bahrain findet sich bei Mitchell A. Belfer, »The Fourteenth Province: The Irano-Bahraini Conflict in Perspective« (Editor's Note), in: *Central European Journal of Security Studies*, 5 (18.7.2011) 2, S. 6–18, <[www.cejiss.org/editors-desk/the-fourteenth-province-the-irano-bahraini-conflict-in-perspective](http://www.cejiss.org/editors-desk/the-fourteenth-province-the-irano-bahraini-conflict-in-perspective)> (Zugriff am 23.4.2014).

Netzwerke politischer Mobilisierung zu verwandeln. Die daraus entstandenen Bewegungen traten an die Stelle der traditionellen, städtisch geprägten Oppositionsparteien.<sup>9</sup>

Hardliner innerhalb der Königsfamilie trugen durch tendenziöse Kommentare zur Verschärfung konfessioneller Spannungen bei.<sup>10</sup> Hinzu kam die aktiv geförderte Zuwanderung (meist sunnitischer) Arbeitskräfte aus Pakistan, Syrien und Jordanien. Diese Arbeitnehmer besetzten die Stellen, die man den bahrainischen Schiiten aus Misstrauen verwehrt hatte, insbesondere in den Polizeikräften. Die schnelle Einbürgerung dieser Zuwanderer wurde auf Seiten der Schiiten als Teil eines groß angelegten Plans aufgefasst, das demografische Gleichgewicht zu ihrem Nachteil zu verändern. Anstatt die historischen Gegensätze durch eine integrative Politik zu überwinden, arbeitete der Staat von Bahrain nach 1990 aktiv an der Vertiefung dieses Grabens und brachte dadurch seine schiitischen Bürger immer mehr gegen sich auf.

Symptomatisch für den engen Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und konfessionellen Gegensätzen war die breite Unterstützung des schiitischen Teils der Bevölkerung für die Nationale Aktionscharta des neuen Emirs Hamad im Jahre 1999. Neben sozialen Reformen wurde auch eine Verringerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte angestrebt, um so Stellen für bahrainische Arbeiter frei zu machen. Bewohner von Sitra, einer traditionellen Hochburg des schiitischen Widerstands, feierten den Herrscher und

9 Fred H. Lawson »Repertoires of Contention in Contemporary Bahrain«, in: Quintan Wiktorowicz (Hg.), *Islamic Activism: A Social Movement Theory Approach*, Bloomington 2003, S. 89–111.

10 Scheich Khalid Bin Hamad (Cousin zweiten Grades des gegenwärtigen Herrschers) schrieb 1995 ein berüchtigtes Gedicht, in dem er vorschlug, die schiitische Bevölkerung auf entlegene Inseln zu deportieren, siehe Justin Gengler, »Royal Factionalism, the Khawalid, and the Securitization of the Shi'a Problem« in Bahrain«, in *Journal of Arabian Studies*, 3 (2013) 1, S. 53–79. Ein später deportierter Berater der Königsfamilie behauptete in einem 2006 verfassten Bericht, ein geheimes Netzwerk entdeckt zu haben, das von diesen Hardlinern innerhalb der königlichen Familie unterstützt werde, um schiitische Parteien und in der Öffentlichkeit stehende Persönlichkeiten zu diskreditieren, siehe Bahrain Center for Human Rights, »Al Bander Report«: *Demographic Engineering in Bahrain and Mechanisms of Exclusion*, 30.9.2006, <[www.bahrainrights.org/en/node/528](http://www.bahrainrights.org/en/node/528)> (Zugriff am 24.4.2014).

trugen ihn auf Händen.<sup>11</sup> Der Widerstand gegen das bahrainische Regime wurde zwar nach 2000 von politischen Kräften mit ausgeprägtem schiitischem Hintergrund dominiert, aber gleichwohl ging es dabei vorwiegend um Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit und nicht um Glaubensfragen.

## Konfessionalismus und der Aufstand von 2011

Die ersten Aufrufe zum »Tag des Zorns« gingen von anonymen Online-Aktivisten aus, fanden jedoch schnell Unterstützung auf Seiten illegaler politischer Gruppen aus dem schiitischen Milieu, wie etwa Al-Haq oder Al-Wafa, und der in London ansässigen bahrainischen Freiheitsbewegung (Bahrain Freedom Movement). Die größte Oppositionspartei Al-Wifaq – angeführt von dem schiitischen Geistlichen Ali Salman – ließ ihr stillschweigendes Einverständnis durchblicken, und auch der prominente Geistliche Isa Qasim signalisierte Zustimmung bei seiner Freitagspredigt vor den Ereignissen.<sup>12</sup> Die linksnationalistische, säkulare Waad war die einzige nicht-schiitische Partei, die die Kundgebungen ausdrücklich befürwortete. Soziale Netzwerke und die weite Verbreitung internetfähiger Mobiltelefone verstärkten die Breitenwirkung dieser Aufrufe sicherlich. Viele dieser Hilfsmittel und Strategien waren jedoch bereits bei den Protesten Ende der 1990er Jahre eingesetzt worden. Die Internet-Aktivisten selbst berichten, dass ihnen anfangs viel Skepsis entgegenschlug und führen den letztendlichen Erfolg der Mobilisierung auf die Beteiligung prominenter religiöser Persönlichkeiten zurück wie beispielsweise Abdelwahhab Hussein, eines der wichtigsten intellektuellen Anführers der Intifada der 1990er Jahre, der am Morgen des 14. Februar eine der ersten Protestkundgebungen anführte.<sup>13</sup>

11 International Crisis Group (ICG), *Bahrain's Sectarian Challenge*, 6.5.2005 (Middle East Report Nr. 40), S. 7, <[www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/iran%20Gulf/Bahrain/Bahrain%20Sectarian%20Challenge.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/iran%20Gulf/Bahrain/Bahrain%20Sectarian%20Challenge.pdf)> (Zugriff am 24.4.2014).

12 Unter <<http://albayan.org/islam/sounds/Kotbat%20aljomah/438.wma>> ist eine Aufzeichnung der Predigt verfügbar (in Arabisch).

13 Forschungsinterviews mit den Aktivisten Mohammed Al-Maskati, Ahmed Al-Widai und Alaa Shehabi, Mai 2013. Ein ausgewogener Augenzeugenbericht findet sich bei Toby Matthiesen, *Sectarian Gulf. Bahrain, Saudi Arabia and the Arab Spring That Wasn't*, Stanford 2013, Kapitel 3.

Solche Unterstützung verlieh dem Aufruf eine Zugkraft, die er ansonsten nicht erreicht hätte. Aber sie verstärkte zugleich den Eindruck, die Protestbewegung sei nur ein weiterer Versuch »der Schiiten«, ihre Situation zu verbessern – unweigerlich auf Kosten von anderen Bevölkerungsgruppen – oder, schlimmer noch, religiöse und politische Normen nach iranischem Vorbild einzuführen. Um diesem Verdacht entgegenzuwirken und so viele Menschen wie möglich anzusprechen, wandten die Initiatoren verschiedene Taktiken an. Aggressivere Varianten des etablierten Protestrepertoires, insbesondere Straßenblockaden mit brennenden Reifen, wurden vermieden, stattdessen wurde Gewaltlosigkeit propagiert.<sup>14</sup> Um den konfessionsübergreifenden Charakter der Bewegung deutlich zu machen, wurde die Beteiligung bekannter sunnitischer Politiker herausgestellt;<sup>15</sup> überall sah man Schilder und Transparente, auf denen Solidarität unter den verschiedenen Glaubensrichtungen proklamiert wurde, eine Verbundenheit, die durch gemeinsame sunnitisch-schiitische Gebete noch unterstrichen wurde,<sup>16</sup> während der Schwerpunkt der Demonstrationen auf sozialen Forderungen lag. Insbesondere die exklusive Kontrolle des Königshauses über den wertvollsten Grundbesitz in Bahrain war ein Protestpunkt, mit dem sich die große Mehrheit der von steigenden

14 Abbas Al-Murshed, *Politischer Wandel am Golf. Die Ökonomie von Konfessionalismus und Gewalt* (arabisch), London: Bahrain Centre for Studies in London, 2012, <[www.bcsl.org.uk/en/studies/download/14\\_9c56194a41981938093c509e13570c02](http://www.bcsl.org.uk/en/studies/download/14_9c56194a41981938093c509e13570c02)>; eine englische Übersetzung (*The Gulf Example of Political Change: The Thrift of Sectarianism and Violence*) in höchst unbefriedigender Qualität ist verfügbar unter <[www.bcsl.org.uk/en/studies/gulf-example-of-political-change](http://www.bcsl.org.uk/en/studies/gulf-example-of-political-change)> [Zugriff am 24.4.2014]). Bahrainische Menschenrechtsaktivisten hatten sich seit Jahren für diese Art von Protesten ausgesprochen und Trainings bei der serbischen Organisation CANVAS (Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies) absolviert. Das Beispiel Ägyptens trug dazu bei, dass sie sich 2011 mit ihren Argumenten durchsetzen konnten (Interview mit Al-Maskati; Matthiesen, *Sectarian Gulf* [wie Fn. 13], S. 47).

15 Wie den Vorsitzenden der Waad-Partei Ibrahim Sherif oder Mohamed Albuflasa, einen unabhängigen Politiker mit militärischem Hintergrund und Verbindungen zum salafistischen Milieu. Bahrainische Oppositionelle bewerteten seine sofortige Verhaftung und lang andauernde Inhaftierung nach einer Rede am 15. Februar als Beleg, dass das Regime sich besonders durch Solidaritätsbekundungen aus dem traditionistisch orientierten sunnitischen Milieu bedroht fühlte.

16 Zainab Al-Khawaja, »Bahrain: Protesters Reject Sunni-Shia Split Claims«, *Institute for War and Peace Reporting* (online), 23.3.2011 (Arab Spring Issue 7), <<http://iwpr.net/report-news/bahrain-protesters-reject-sunni-shia-split-claims>> (Zugriff am 24.4.2014).

Lebenshaltungskosten geplagten Bevölkerung identifizieren konnte. Der 14. Februar, der »Tag des Zorns«, fiel überdies auf den 10. Jahrestag des Referendums, bei dem eine überwältigende Mehrheit der Bahrainis für die später wieder aufgegebene Reformagenda von König Hamad gestimmt hatte, und war damit ein wichtiges Symbol für den nationalen Konsens über den demokratischen Wandel. Mit einem Meer bahrainischer Flaggen und mit feierlichen Bekenntnissen zur schiitisch-sunnitischen Verständigung bekräftigten die Demonstranten zusätzlich, dass sie die Einheit des Landes anstrebten und nicht seine Spaltung. Am wichtigsten war vielleicht die Entscheidung, das Protestcamp auf dem Perlenplatz zu errichten und damit an einem Ort, der nicht mit einer der religiösen Gruppen identifiziert wurde und an dem sich die Mitglieder aller Bevölkerungsgruppen auf neutralem Boden begegnen konnten.

Trotz zahlreicher Hinweise auf die Beteiligung von Sunniten an den Kundgebungen<sup>17</sup> bleibt es schwierig, die genaue konfessionelle Zusammensetzung der auf dem Perlenplatz versammelten Menge und damit den Erfolg dieser Strategien zu beurteilen. Berichte oppositioneller Medien neigen dazu, den multikonfessionellen Charakter der Proteste herauszustreichen, um damit die Argumentation zu stützen, wonach die Demonstrationen den Willen des *gesamten* Volkes von Bahrain zum Ausdruck brachten. Parteigänger des Regimes betonen, es habe sich bei den Aktivisten nahezu ausschließlich um Schiiten gehandelt und damit nur um einen Teil des bahrainischen Volkes, der überdies unter dem Generalverdacht steht, im Dienste der außenpolitischen Ziele Irans zu stehen. Auch weigerten sich viele Demonstranten, ihren religiösen Hintergrund offenzulegen, da es ihrer Meinung nach ausschließlich von Belang sei, dass sie bahrainische Staatsbürger sind.<sup>18</sup>

**17** Matthiesen, *Sectarian Gulf* [wie Fn. 13], S. 68; unter <[www.youtube.com/watch?v=UOqv7m9bF14&noredirect=1](http://www.youtube.com/watch?v=UOqv7m9bF14&noredirect=1)> sind Interviews mit Teilnehmern an den Protesten zu sehen (in Arabisch, Zugriff am 24.4.2014). Die Präsenz bahrainischer Schiiten war in Gestalt bekannter Organisationen und Persönlichkeiten sehr sichtbar, und die Kleidung von Teilnehmern aus konservativen und religiösen Milieus machte ihre (schiitische) Konfessionszugehörigkeit erkennbar. Sunniten aus diesen Milieus waren kaum vertreten, und Teilnehmer mit sunnitischem oder gemischtem Hintergrund weit weniger eindeutig zuzuordnen.

**18** Ebd. Kommentare auf oppositionsfreundlichen Websites enthielten auch abfällige Äußerungen über »Sunniten, die zu Hause sitzen, während wir das Kämpfen übernehmen«, siehe z. B. <[www.alwasatnews.com/3084/news/read/527416/1.html](http://www.alwasatnews.com/3084/news/read/527416/1.html)>

Darüber hinaus wurde es nach den gewalttätigen Ausschreitungen bei der ersten Räumung des Perlenplatzes am 17. Februar für die sechs offiziellen politischen Parteien immer schwieriger, sich mit ihrer Botschaft der Mäßigung und der begrenzten Reformen Gehör zu verschaffen.<sup>19</sup> Die Kräfte, die eine Republik mit einer (allenfalls) rein repräsentativen Rolle der Al-Khalifa-Dynastie forderten, gewannen zunehmend die Oberhand. Damit sahen sich diejenigen bestätigt, die bereits von Anbeginn an eine verdeckte konfessionelle Agenda vermutet und Bekenntnisse zu einer konfessionsübergreifenden Staatsbürgerschaft als reine Taktik angesehen hatten: Ohne die Macht des Königshauses als Gegengewicht – so ihre Überlegung – würden schiitische Parteien bald das politische System dominieren.<sup>20</sup>

Entsprechend bekräftigten die Redner auf der am 21. Februar organisierten Gegendemonstration ihre unerschütterliche Treue zum Königshaus. Diese Protestveranstaltung fand an der Al-Fateh-Moschee statt und wurde nach ihr benannt, einem Ort, an dem an die Eroberung Bahrains durch beduinische Stämme unter Führung der Khalifas im 18. Jahrhundert erinnert wird. Dadurch wurde die Demonstration unmissverständlich mit einem nationalen Narrativ verknüpft, das für den sunnitischen Bevölkerungsteil identitätsstiftend ist. Diese Stoßrichtung der Kundgebung wurde durch die führende Rolle von Politikern und Geistlichen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft und salafistischer Strömungen noch akzentuiert. In ihrem Manifest beschrieben die Organisatoren das bahrainische Volk als zwei verschiedene (sunnitische und schiitische) Gemeinschaften und warnten vor einem konfessionell motivierten Konflikt. Damit lehnten sie das auf dem Perlenplatz vertretene Narrativ der nationalen Einheit ab und beschworen das

(in Arabisch, Zugriff am 24.4.2014).

**19** Kommunikation per E-Mail mit Vertretern der Waad-Partei, Juni 2013; Abbas Al-Murshed, *Die Jugendkoalition des 14. Februar* (arabisch), London: Bahrain Centre for Studies in London, 16.10.2012, <[www.bcsl.org.uk/en/studies/download/23\\_bf727a36143f982df409fba4242252c7](http://www.bcsl.org.uk/en/studies/download/23_bf727a36143f982df409fba4242252c7)> (Zugriff am 24.4.2014).

**20** Das genaue demografische Verhältnis ist umstritten, aber die Oppositionspartei Al-Wifaq erhielt 2006 und 2010 deutlich über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, obwohl radikalere schiitische Gruppen zu einem Boykott aufgerufen hatten, siehe Justin Gengler, »And Then There Were None«, *bahrainipolitics.blogspot.com* (online), 14.4.2011, <<http://bahrainipolitics.blogspot.com/2011/04/and-then-there-were-none.html>> (Zugriff am 24.4.2014).

Schreckgespenst der Gewalt herauf, die bis dahin allein vom Regime ausgegangen war.<sup>21</sup>

Das allerdings sollte sich bald ändern. In Hetzreden schufen sunnitische Politiker mit salafistischem Hintergrund irrealer Schreckensszenarien.<sup>22</sup> Anfang März brachen an der Universität und in gemischten Wohnvierteln konfessionell motivierte Unruhen aus. Inmitten einer brodelnden Gerüchteküche entstanden Straßenblockaden und Bürgerwehren, die weitere Zusammenstöße nach sich zogen. Die Initiatoren der Proteste auf dem Perlenplatz und schiitische Geistliche bemühten sich darum, die Situation zu entschärfen, und organisierten beispielsweise am 5. März 2011 eine sieben Kilometer lange Menschenkette zwischen der Al-Fateh-Moschee und dem Perlenplatz. Es gelang ihnen jedoch nicht, bekannte sunnitische Persönlichkeiten einzubeziehen.

Umstritten bleibt, inwieweit die Demonstration am 21. Februar, die den Beginn dieser Eskalation markierte, eine echte Meinungsbekundung bahrainischer Bürger war, die sich durch die Kundgebungen auf dem Perlenplatz nicht repräsentiert oder gar bedroht fühlten. Zweifellos hatte diese, von einer kleinen Gruppe von (sunnitischen) Politikern und religiösen Persönlichkeiten angeführte Veranstaltung den Anschein einer von oben gesteuerten Aktion, die in scharfem Kontrast zu der ausgelassenen Atmosphäre auf dem Perlenplatz stand. Es gibt jedoch kaum Hinweise auf eine erzwungene Teilnahme. Soziale Forderungen und Kritik an Korruption, die das oben erwähnte Manifest der Organisatoren ebenfalls enthielt, stießen bei der versammelten Menge auf großen Widerhall. Erklärungen, die Gemeinsamkeiten mit den Protesten auf dem Perlenplatz nahelegten – etwa die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen – ernteten dagegen Pfiffe. Offenbar erwarteten die Zuhörer von der sich herauskristallisierenden sunnitischen Führung eher eine kämpferische als eine ausgleichende Haltung. Einigen Berichten zufolge fühlten sich manche

<sup>21</sup> Unter [www.youtube.com/watch?v=efRwSoA9qwY](http://www.youtube.com/watch?v=efRwSoA9qwY) sind Videos der Kundgebung zu sehen (in Arabisch). Die von den Organisatoren der Demonstration ins Leben gerufene politische Vereinigung erhielt den Namen »Die Versammlung der Nationalen Einheit« (The Gathering of National Unity, TGONU).

<sup>22</sup> Beispielsweise enthüllte der ehemalige Abgeordnete Mohammed Khaled am 2.3.2011 in einer durch saudische Medien übertragenen Rede angebliche Pläne, alle Sunniten aus dem Bahrain zu vertreiben [www.youtube.com/watch?v=DK8X47q-tlY&noredirect=1](http://www.youtube.com/watch?v=DK8X47q-tlY&noredirect=1) und rief zur Einrichtung von Bürgerwehren auf <https://www.youtube.com/watch?v=Ayencb7FJ64> (Zugriff jeweils am 4.5.2014).

(sunnitische) Aktivisten auf dem Perlenplatz von der konfrontativen und schiitisch geprägten Rhetorik, die dort zunehmend um sich griff, so sehr abgestoßen, dass sie zur Gegenbewegung überliefen.<sup>23</sup>

Das Regime seinerseits ließ keinen Zweifel an seinen Präferenzen. Sicherheitskräfte und offizielle Medien, die der Besetzung des Perlenplatzes bestenfalls neutral, meist jedoch feindselig gegenüberstanden, unterstützten die Gegenbewegung massiv. Videos von Schlägertrupps in Zivilkleidung, die während der konfessionell motivierten gewalttätigen Ausschreitungen im März Seite an Seite mit der Polizei gegen Demonstranten vorgingen, verstärken den Eindruck, dass einige Kräfte innerhalb des Regimes eine Eskalation anstrebten, um eine politische Lösung unmöglich zu machen, während andere mit der Opposition verhandelten, weil sie genau eine solche Lösung finden wollten. Viele Beobachter führen diesen Widerspruch auf grundlegende Konflikte zwischen rivalisierenden Strömungen innerhalb des Herrscherhauses zurück. Die Interessen der Hardliner des Regimes standen demzufolge im Einklang mit denen der Organisatoren der Al-Fateh-Bewegung, die einen für sie nachteiligen Kompromiss zwischen dem Palast und den schiitischen Parteien fürchteten.<sup>24</sup> Äußere Einflüsse, insbesondere die Sorge Saudi-Arabiens über eine mögliche Ausbreitung der Bewegung über Bahrain hinaus und eine Stärkung der strategischen Position Irans gaben schließlich den Ausschlag zugunsten der Hardliner.

Nach der Eskalation Mitte März ließen die offiziellen Medien jeglichen Anschein von Neutralität fallen und unterstützten die nun folgende konfessionelle Hexenjagd. Kollaboration mit dem Iran oder ganz einfach »Hochverrat« lauteten die pauschalen Anschuldigungen gegen die Aktivisten des Perlenplatzes. Religiöse Hasstiraden im Fernsehen stießen auf Beifall und wurden begleitet von der Zerstörung »unehmiger« schiitischer Moscheen und Gemeindezentren. Im Gegenzug rückten manche Regierungsgegner das Regime von Bahrain und sogar die gesamte sunnitische Bevölkerung des Landes in die Nähe der Al-Qaida. Schiitisch-religiöse Rhetorik und Proteste mit zum Teil gewaltsamen Ausschreitungen sind heute wieder kennzeichnend für die bahrainische Opposition. Beide Seiten nutzen die Propaganda der anderen, um ihre Gegner als polarisierende religiöse Fanatiker im Dienste externer Mächte darzustellen, während man selbst eine integrative, patriotische Gesinnung an den

<sup>23</sup> Matthiesen, *Sectarian Gulf* [wie Fn. 13], S. 68.

<sup>24</sup> Gengler, »Royal Factionalism« [wie Fn. 10].

Tag lege. Auch wenn die Macht zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Teil der Bevölkerung höchst ungleich verteilt ist, tragen die Führungen auf beiden Seiten aktiv dazu bei, genau die konfessionelle Polarisierung anzuheizen, die sie angeblich so strikt ablehnen.

## Irak 2011/2013

Ab Mitte 2010 kam es in südirakischen Städten wie Kut und Basra zu ersten Protesten Jugendlicher gegen die schlechte Versorgungslage sowie gegen Korruption und Repression durch staatliche Organe. Als nach der lang erwarteten Regierungsbildung Ende des Jahres keinerlei Verbesserungen eintraten, nahmen die Demonstrationen an Intensität zu. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Tunis und Ägypten griffen sie auch auf andere Landesteile über, und die Aktivisten in verschiedenen Städten begannen, ihre Manifestationen und Botschaften zu koordinieren.<sup>25</sup>

Die Regierung antwortete mit Zuckerbrot und Peitsche. Ministerpräsident Nuri Al-Maliki betonte das Recht auf Demonstrationsfreiheit und kündigte Zugeständnisse und Verbesserungen an, schürte jedoch zugleich Ängste, dass die Demonstrationen zu terroristischer Gewalt führen könnten. Der Einsatz von Polizeikräften provozierte dann tatsächlich an mehreren Orten gewaltsame Ausschreitungen. Dagegen wurden die Sicherheitskräfte aus ungeklärten Gründen abgezogen, kurz bevor ein im Aufbau begriffenes Protestcamp auf dem Tahrirplatz von Bagdad am 20. Februar von Schlägertrupps verwüstet wurde.<sup>26</sup>

Daraufhin riefen Online-Aktivisten und ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen für Freitag, den 25. Februar, einen »Tag des Zorns« aus. Scharfe Sicherheitsvorkehrungen und die nahezu vollständige Abriegelung der Innenstadt von Bagdad begrenzten die Teilnehmerzahl jedoch auf wenige Tausend, und strenge Auflagen für die wenigen Medienvertreter, die über das Geschehen berichten wollten, sorgten dafür, dass von diesen Ereignissen kaum etwas an die Öffentlichkeit drang. Trotz oder eher gerade wegen der starken Präsenz von Sicher-

heitskräften kam es zu weiterer Gewalt mit mehreren Todesopfern. Anhaltende Repressionen, unter anderem in Gestalt willkürlicher Festnahmen und der Androhung von Mord und Vergewaltigung, zehrten die Proteste nach und nach aus.<sup>27</sup> Ende Juni mobilisierte Ministerpräsident Maliki Tausende seiner Anhänger aus den südlichen Provinzen, die mit Buskolonnen zu weit größeren Gegendemonstrationen nach Bagdad gebracht wurden. Ungefähr zur selben Zeit nahmen einige Organisatoren separate Gespräche mit Regierungsvertretern auf, die Bewegung spaltete sich und verebte schließlich.

Ende 2012 brachen neue Proteste aus, die nun auf die von Sunniten dominierten Landesteile im Nordwesten beschränkt blieben. Auch wenn die Demonstranten sich vornehmlich soziale und humanitäre Anliegen auf die Fahnen schrieben (wie etwa die Entlassung weiblicher Gefangener, die systematischem sexuellem Missbrauch ausgesetzt sein sollen), ging es ihnen im Wesentlichen um die vermeintliche Ausgrenzung sunnitischer Iraker durch die von schiitischen Parteien dominierte Regierung und um Unterstützung für sunnitische Politiker, die von Maliki abgesetzt worden waren.<sup>28</sup> Am 23. April 2013 kam es in Hawidscha bei Kirkuk<sup>29</sup> (bereits 2011 eine der Hochburgen des Protests) zu Zusammenstößen mit Regierungstruppen, bei denen 50 Demonstranten getötet und 110 weitere verletzt wurden. Dies führte zur Militarisierung der Bewegung und zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Konfessionsgemeinschaften im Irak, die ihren Ausdruck in einer neuen Serie tödlicher Terroranschläge

<sup>25</sup> Ein Augenzeugenbericht über die Ereignisse von 2011 findet sich bei Saad Salloum, »Beneath the Liberation Monument All that Is Solid Vanishes into Air«, *Heinrich Böll Stiftung, Middle East Office* (online), 15.3.2012, <[www.lb.boell.org/web/52-771.html](http://www.lb.boell.org/web/52-771.html)> (Zugriff am 24.4.2014). Weitere Hintergrundinformationen ergaben sich aus Forschungsinterviews mit Saad Salloum (Mai 2013) und dem Aktivisten Haidar Haidar (April 2013).

<sup>26</sup> Kholoud Ramzi, »Protesters Attacked in Dawn Raid«, *niqash* (online), 24.2.2011, <[www.niqash.org/articles/?id=2789](http://www.niqash.org/articles/?id=2789)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>27</sup> Amnesty International, *Days of Rage: Protests and Repression in Iraq*, April 2011, <[www.amnesty.org/en/library/asset/MDE14/013/2011/en/991fffba-1762-43d1-8b4f-1555eb568d17/mde140132011en.pdf](http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE14/013/2011/en/991fffba-1762-43d1-8b4f-1555eb568d17/mde140132011en.pdf)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>28</sup> Abdallah Otaibi, »Irakische Proteste mit konfessionellem Unterton« (arabisch), in: *Al-Hayat*, Januar 2013; eine englische Version ist verfügbar unter <[www.al-monitor.com/pulse/tr/contents/articles/politics/2013/01/iraqi-protests-take-on-sectarian-tone.html](http://www.al-monitor.com/pulse/tr/contents/articles/politics/2013/01/iraqi-protests-take-on-sectarian-tone.html)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>29</sup> ICG, *Make or Break: Iraq's Sunnis and the State*, Brüssel, 14.8.2013 (Middle East Report Nr. 144), S. 32, <[www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Iraq/144-make-or-break-iraq-s-sunnis-and-the-state.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Iraq/144-make-or-break-iraq-s-sunnis-and-the-state.pdf)> (Zugriff am 24.4.2014).

in schiitischen Regionen fand. Auch ein Jahr später bestehen solche von lokalen Führern und Politikern unterstützte »Protestcamps« in den westlichen Provinzen fort. Ihre wiederholte gewaltsame Unterdrückung hat die Anziehungskraft von Al-Qaida in diesen Gebieten erneut erhöht und dazu beigetragen, den gesamten Irak in einen neuen Strudel konfessionell motivierter Konflikte zu stürzen.

## Konfessionalismus und politische Konflikte im Irak

Der Gegensatz von Zentrum und Peripherie und die Rivalität tribaler und städtischer Machtzentren waren und sind die vorherrschenden Trennlinien im unabhängigen Irak. Der größte Teil des Südens konvertierte erst im 19. Jahrhundert zum Schiismus, als die osmanische Politik der Zwangsansiedlung von Nomadenstämmen und eine schlecht geplante Landreform gesellschaftliche Verwerfungen nach sich zogen.<sup>30</sup> Mit anderen Worten, viele Iraker wurden Schiiten, weil sie arm und ausgegrenzt waren, nicht umgekehrt. Andererseits profitierten Schiiten in den Städten vom wirtschaftlichen Aufschwung durch die beginnende Ölförderung. Sowohl der Staat, der sich der klassischen Mittel der Nationsbildung bediente (Erziehung und Massenmedien), als auch die politische Opposition (insbesondere die einst mächtige kommunistische Partei) sorgten dafür, dass die arabisch-irakische Bevölkerung ihre Identität nicht anhand religiöser Kriterien definierte, sondern sich in erster Linie als Iraker oder Angehörige einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht begriff. Föderale Modelle – ganz zu schweigen von einer Aufspaltung des gemeinsamen Staates – standen bei den arabischen Irakern nie hoch im Kurs.<sup>31</sup>

Saddam Hussein, der heute als Inbegriff der Diskriminierung von Schiiten gilt, entwickelte seine fanatische Ablehnung gegenüber den schiitischen Irakern erst gegen Ende seiner Herrschaft. Diese Haltung war jedoch nicht Ausdruck konfessioneller Voreingenommenheit, sondern allein eine Frage des Machterhalts. Dass während seiner gesamten Regierungszeit Sunniten, die wie er selbst aus dem Nordwesten kamen, die Schaltzentren der Macht besetzten, hatte seinen Grund darin, »dass sie Freunde und Ver-

wandte derjenigen waren, die schon Posten und Ämter innehatten, und nicht, dass sie in derselben Moschee beteten.«<sup>32</sup> Da Dutzende von Revolutionsgefährdeten der politischen Säuberung zum Opfer gefallen waren, war bedingungslose Treue zum Machthaber überlebenswichtig, und die Solidarität von Großfamilien und Clans wurde zum Grundprinzip dieser Diktatur.<sup>33</sup>

Nach der Eliminierung aller politischen Konkurrenten blieb unter Saddam allein der politisierte schiitische Islam als Widersacher übrig. Während das Regime einerseits die wichtigste schiitische Partei Dawa schikanierete und verfolgte, bemühte es sich andererseits, schiitische Institutionen und Glaubensinhalte in das von der regierenden Baath-Partei propagierte Narrativ eines irakischen Nationalismus zu integrieren. Sogar ein fiktiver Stammbaum wurde erstellt, der Saddam Hussein zu einem Nachfahren des von den Schiiten verehrten Imam Hussein erklärte.<sup>34</sup> Als sich die Dawa-Partei während des irakisch-iranischen Krieges von 1980 bis 1988 auf die Seite Teherans stellte, eröffnete sich dem Regime die Möglichkeit, sie als unpatriotisch darzustellen. Zudem warb das Regime um die Loyalität der schiitischen Bevölkerung, indem es das arabische Wesen des Islam betonte und einen Gegensatz proklamierte zum Islam der iranischen »Scharlatane«. Die meisten schiitischen Iraker kämpften pflichtgetreu auf Seiten des Regimes, aber als Saddams verantwortungslose Politik der irakischen Armee im Golfkrieg 1991 eine demütigende Niederlage gegen die US-geführte Koalition einbrachte, richteten die empörten Soldaten ihren Zorn gegen die Baath-Partei, und die Bevölkerung der südlichen Provinzen schloss sich ihnen an.<sup>35</sup> Da in diesen Gebieten an der Grenze zu Kuwait vor allem Schiiten leben, waren es zwangsläufig auch mehrheitlich Schiiten, die sich an dem Aufstand beteiligten. Die Proteste gewannen schnell eine schiitische Färbung und für die aus Kuwait herbeigeeilte, aus Sunniten bestehende Republikanische Garde gab es nur ein Motto: »Keine Schiiten mehr

32 Peter Sluglett/Marion Farouk-Sluglett, »Some Reflections on the Sunni/Shi' Question in Iraq«, in: *The Bulletin of the British Society for Middle Eastern Studies*, 5 (1978) 2, S. 79–87 (84).

33 Amatzia Baram, »Saddam's Power Structure: The Tikritis before, during and after the War«, in: Toby Dodge/Steven Simon (Hg.), *Iraq at the Crossroads: State and Society in the Shadow of Regime Change*, London: The International Institute for Strategic Studies (IISS), 2003, S. 93–113 (Adelphi Paper Nr. 354).

34 Amatzia Baram, »Re-Inventing Nationalism in Ba'thi Iraq 1968–1994«, in: William Harris (Hg.), *Challenges to Democracy in the Middle East*, Princeton 1997, S. 37.

35 Haddad, *Sectarianism in Iraq* [wie Fn. 31], S. 65–86.

30 Yitzhak Nakash, *Shi'is of Iraq*, Princeton 1994, Kapitel 1.

31 Fanar Haddad, *Sectarianism in Iraq. Antagonistic Visions of Unity*, London/New York 2011.



nach dem heutigen Tag.«<sup>36</sup> Dem extrem brutalen Vorgehen gegen die Rebellen folgte ein Jahrzehnt wachsender anti-schiitischer Ressentiments und wiederholter Gewaltausbrüche und Unruhen.

Das Ende des Baath-Regimes im Jahre 2003 hätte die Gelegenheit bieten können, ein neues Kapitel aufzuschlagen und allen arabischen Irakern, ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit, gleichermaßen Zugang zu politischen Ämtern zu ermöglichen.<sup>37</sup> Umfragen, die seinerzeit durchgeführt wurden, belegen, dass nur eine Minderheit im Irak eine Politik entlang konfessioneller Trennlinien befürwortete.<sup>38</sup> Auch der politische Widerstand gegen das unter der Führung der USA etablierte Besatzungsregime wurde zunächst gleichermaßen von sunnitischen wie schiitischen Irakern getragen.<sup>39</sup> Fast alle Parteien auf der politischen Bühne hatten jedoch ein vornehmlich konfessionell geprägtes Profil.<sup>40</sup> Die irakische Exilopposition selbst hatte das Prinzip der explizit konfessionellen und ethnischen Ämterquoten bereits in den Strukturen des Anfang der 1990er Jahre eingerichteten Irakischen Nationalrats etabliert.<sup>41</sup> Dieser Ansatz deckte sich mit der vorherrschenden Auffassung unter den politisch Verantwortlichen der Besatzungsmächte, dass die Massaker Saddams an der kurdischen und schiitischen Bevölkerung in erster Linie religiös und ethnisch motiviert gewesen seien und die einfachste Lösung darin bestünde, die Macht mittels formaler Strukturen gerecht zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu verteilen. Entsprechend wurde 2003 der »Irakische Regierungsrat« nach einem ethnisch-religiösen Quotenschlüssel zusammengesetzt. Damit waren die Weichen

für das politische System der Besatzungszeit gestellt.<sup>42</sup> Das alte Regime hatte zudem jegliche Formen unabhängiger Politik und zivilgesellschaftlicher Organisation auf lokaler Ebene systematisch zerschlagen, so dass zunächst religiöse Netzwerke die einzige Grundlage für die Schaffung politischer Vereinigungen waren. Der Zusammenbruch des irakischen Staates nach dem Krieg erhöhte deren Bedeutung noch zusätzlich. Das Sicherheitsvakuum, das sich durch die Auflösung der irakischen Armee vergrößert hatte, wurde von lokalen und somit monokonfessionellen Milizen gefüllt.

Die Volksvertretung nach konfessionellen Quoten zu organisieren führte dazu, dass sich die arabischen Sunniten, die im Irak nur 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen (im Gegensatz zu rund 60 Prozent Schiiten), zunehmend benachteiligt fühlten. Die äußerst gewaltsame Unterdrückung des Unruheherds Falluja, einer sunnitischen Hochburg, und die offene Parteinahme schiitischer Geistlicher für die schiitische Einheitsliste vor den Wahlen 2005 erhöhte die »Besorgnis unter den Sunniten, ins Abseits gedrängt zu werden«.<sup>43</sup> Daher entschieden führende politische Akteure unter den Sunniten, die Wahl zu boykottieren und den politischen Prozess zu blockieren.<sup>44</sup> Im Resultat ging der Einfluss der Sunniten nur noch mehr zurück und verstärkte sich ihr Gefühl der Ausgrenzung, was den Boden für die konfessionellen Konflikte zwischen 2006 und 2008 bereitete. Mit einer Kombination aus militärischer Bekämpfung und politischer Vereinnahmung gelang es den irakischen Kräften und den Besatzungsmächten ab 2008, die Aufständischen und Milizen zu besiegen und politische Vertreter der sunnitischen Bevölkerung zurück ins Boot zu holen. Bei den Wahlen von 2010 konnte die Irakische Nationalbewegung

<sup>36</sup> Kanan Makiya, »The Arab Spring Started in Iraq«, in: *The New York Times*, 7.4.2013, <[www.nytimes.com/2013/04/07/opinion/sunday/the-arab-spring-started-in-iraq.html](http://www.nytimes.com/2013/04/07/opinion/sunday/the-arab-spring-started-in-iraq.html)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>37</sup> Da die Autonomie der kurdischen Region bis 2003 schon institutionell gefestigt war, die Region eigene Sicherheitskräfte besaß und von den USA gestützt wurde, stand sie nie ernsthaft zur Diskussion.

<sup>38</sup> Eric Herring/Glen Rangwala, *Iraq in Fragments. The Occupation and Its Legacy*, London 2006, S. 148.

<sup>39</sup> Khalil Osman, »Trans-sectarian Moral Protest against Occupation: A Case Study of Iraq«, in: Larbi Sadiki/Heiko Wimmen/Layla Al-Zubaidi (Hg.), *Democratic Transition in the Middle East. Unmaking Power*, London/New York 2013, S. 42–65.

<sup>40</sup> Eine partielle Ausnahme war hier der Iraqi National Accord (INA) unter der Führung von Iyad Allawi. Mit seinen angeblichen Verbindungen zur CIA und seinem harten Vorgehen gegen den Aufstand von Falluja verspielte er jedoch schnell seine Sympathien unter den sunnitischen Irakern.

<sup>41</sup> Ali Allawi, *The Occupation of Iraq. Winning the War, Losing the Peace*, New Haven/London 2007, S. 53.

<sup>42</sup> David Gairdner, *Risk and Violence in Iraq's New Sectarian Balance*, Oslo: Norwegian Peacebuilding Resource Centre, September 2012, <[www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=153598](http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=153598)> (Zugriff am 24.4.2014). Zu Einzelheiten über die Regelung der Machtteilung siehe Nussaibah Younis, »Set up to Fail: Consociational Political Structures in Post-war Iraq, 2003–2010«, in: *Contemporary Arab Affairs*, 4 (2011) 1, S. 1–18.

<sup>43</sup> Allawi, *The Occupation of Iraq* [wie Fn. 41], S. 340.

<sup>44</sup> Die führenden Sunniten konnten ihre Gemeinschaft zu einem fast totalen Boykott bei den Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 2005 bewegen und waren daher auch von der Erarbeitung der neuen Verfassung weitgehend ausgeschlossen. In dem sechs Monate später stattfindenden Referendum über die neue Konstitution scheiterte ihre Nein-Kampagne nur knapp, siehe Toby Dodge, *Iraq: From War to a New Authoritarianism*, London 2012, S. 45.

(Irakija), ein Bündnis sunnitischer, säkularer und nicht-islamistischer schiitischer Politiker, die meisten Stimmen auf sich vereinen. Einmal mehr wurde damit unterstrichen, dass politische Ansätze, die nicht konfessionell gesteuert sind, in der irakischen Gesellschaft durchaus mehrheitsfähig sind. Interne Querelen und das Geschick von Ministerpräsident Nuri Al-Maliki, politische Gegner auszuschalten, unterminierten die neue Kraft jedoch schnell.<sup>45</sup>

## Konfessionalismus in den Protestbewegungen von 2011

Die Proteste im Jahr 2011 hatten ursprünglich keinerlei konfessionelle Dimension. Sie richteten sich vielmehr gegen alle Parteien und Politiker des herrschenden Machtgefüges. Ministerpräsident Nuri Al-Maliki wurde zu ihrer wichtigsten Zielscheibe, nicht weil er Schiit, sondern weil er der prominenteste und einflussreichste Vertreter dieses Systems war. Mit dem Fortgang der Proteste schlossen sich immer mehr erfahrene Bürgerrechtsaktivisten den zunächst von Jugendlichen spontan gebildeten Netzwerken an und verbreiteten klare Botschaften gegen den Konfessionalismus. So brachten die Regierungsgegner die ausufernde Korruption mit der Kontrolle der Politiker über die konfessionell quotierte Ressourcenzuteilung in Zusammenhang. Letztlich seien auch die religiösen Konflikte auf die von den Machthabern verfolgte Strategie des Teilens und Herrschens zurückzuführen. Neben zahlreichen Spruchbändern, auf denen ein »vereintes Land« beschworen wurde, und einem Meer von irakischen Fahnen war eine rote Karte in Form der Landessilhouette eines der am häufigsten sichtbaren Symbole des Protests. Außerdem erinnerten die Aktivistinnen an historische Marksteine sunnitisch-schiitischer Einheit, wie der Aufstand gegen das britische Mandat von 1920.

Auch dass als Zentrum des Protests der Tahrirplatz (Platz der Befreiung) in Bagdad gewählt wurde, hatte eine stark symbolische Bedeutung – jenseits der offensichtlichen Bezüge zum ägyptischen Vorbild und zum einstigen gemeinsamen Kampf gegen den britischen Kolonialismus. Seit den gewaltsamen Konflikten zwischen 2006 und 2008, die zu einer Aufteilung Bagdads

in jeweils nahezu ausschließlich von Sunniten oder Schiiten bewohnte Sektoren geführt haben, ist die Gegend um den Tahrirplatz eines der wenigen verbliebenen Quartiere, die für Weltoffenheit und Urbanität stehen. Dieses Gebiet repräsentiert somit eine Sphäre sozialer Interaktion, in der Sicherheit durch Toleranz und zivile Umgangsformen erreicht wird und nicht durch eine martialische Militärpräsenz, wie sie etwa das Regierungsviertel auf der anderen Seite des Flusses – die strikt kontrollierte »Grüne Zone« – dominiert. Während die Auffassungen vieler Demonstranten mit dem kosmopolitanen Charakter dieses Ortes im Einklang standen, besaß auch ein bedeutender Teil von ihnen einen religiösen und konservativen Hintergrund. Für diese Demonstranten wurden im angrenzenden Umma-Park Bereiche für gemischte (sunnitisch-schiitische) Gebete eingerichtet. An normalen Tagen dient diese Fläche als Rückzugsort für Alkoholiker. Mit der Nutzung dieses Parkareals als Andachtszone unterstrichen die Demonstranten ein weiteres Mal ihren Anspruch, kollektiv öffentliche Verantwortung zu übernehmen.<sup>46</sup> Dieses Selbstverständnis wurde noch durch andere Aktionen dokumentiert, etwa durch Aufmärsche mit Besen und die demonstrative Reinigung der Straßen im Umfeld des Tahrirplatzes, womit zugleich die Kritik am »Dreck« zum Ausdruck gebracht werden sollte, den die offizielle Politik am Stecken hatte.

Den politischen Eliten gelang es zunächst nicht, mit ihrer Warnung vor Gewalt diese Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der zivilen Umgangsformen zu vergiften. Zum einen war die Mehrheit der Demonstranten von so tiefer Verachtung für die herrschenden Politiker geprägt, dass sie solchen Worten kaum Beachtung schenkten. Die Organisatoren waren jedoch auch fest entschlossen, die Manifestationen trotz aller staatlicher Gewalt friedlich zu gestalten, um ihre moralische Glaubwürdigkeit zu bewahren und den Sicherheitskräften keinen Vorwand für weitere Gewalt zu liefern. Daher wurden Personen oder Gruppen, die sich provozierend verhielten, oft umringt und zu gemäßigttem Verhalten ermahnt. Bei mehreren Gelegenheiten bildeten Aktivistinnen mit weißen Stirnbändern eine menschliche Mauer zwischen den Sicherheitskräften und gewaltbereiten Demonstranten.

Dass die Maßnahmen zur Gewaltvermeidung so lange erfolgreich waren und auch der überkonfessio-

<sup>45</sup> Siehe ICG, *Iraq's Secular Opposition: The Rise and Decline of Al-Iraqiya*, Bagdad/Brüssel, 31.7.2012 (Middle East Report Nr. 127), <[www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-iran-gulf/iraq/127-iraqs-secular-opposition-the-rise-and-decline-of-al-iraqiya.aspx](http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-iran-gulf/iraq/127-iraqs-secular-opposition-the-rise-and-decline-of-al-iraqiya.aspx)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>46</sup> Forschungsinterview mit Saad Salloum. Zu den folgenden Absätzen siehe Salloum, »Beneath the Liberation Monument« [wie Fn. 25].

nelle Diskurs aufrechterhalten werden konnte, war einerseits auf die Anwesenheit und Entschlossenheit einer erfahrenen Kerngruppe von Aktivisten zurückzuführen, von denen viele bereits Erfahrungen in Bürgerinitiativen gesammelt hatten. Zum anderen war es aber auch der Tatsache zu verdanken, dass die Demonstrantenzahl begrenzt blieb (zwischen 3000 und 5000 am 25. Februar). Diese geringe Beteiligung limitierte jedoch zugleich auch den Einfluss und die Schlagkraft der Bewegung. Die Wahlen lagen kaum ein Jahr zurück und alle wichtigen Parteien hatten sich zu einer »großen Koalition« zusammengetan, wie sie typisch für Systeme ist, in denen die politische Macht durch vorgegebene Quoten und Zuteilung von Ämtern zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufgeteilt wird. Es hätte einer Mobilisierung der Massen bedurft, um die Legitimität der formellen politischen Akteure und Institutionen glaubhaft in Frage zu stellen. Dies war jedoch unerreichbar, da nahezu alle Parteien – die auch den Großteil der irakischen Medien kontrollieren – und sämtliche Geistliche – sunnitische wie schiitische – sich gegen die Bewegung stellten. Der Mangel an Verbündeten in der offiziellen Politik machte es den Oppositionellen überdies unmöglich, Schutz vor staatlicher Gewalt zu erlangen, und ließ kaum Optionen offen, wie und besonders von wem die geforderten Reformen umgesetzt werden sollten. Gleichzeitig erreichte die Regierung mit ihrer angstschürenden Propaganda, dass sich Gegenkräfte formierten, die im Frühsommer 2011 schließlich das Ende der Protestbewegung besiegelten.

### Vom irakischen zum sunnitischen Frühling

Die Proteste zur Jahreswende 2012/13 dagegen waren eine Reaktion auf die Verhaftung der Leibwächter des (sunnitischen) Finanzministers Rafi Al-Issawi und richteten sich von Anfang an gegen die angebliche Ausgrenzung der sunnitischen Bevölkerung. Die konkreten Forderungen der Opponenten konzentrierten sich jedoch zunächst auf rechtliche und institutionelle Maßnahmen und schlossen auch soziale Themen und Menschenrechte ein, wie beispielsweise die Haftbedingungen weiblicher politischer Gefangener. Die Demonstrationen blieben friedlich und verzichteten

ausdrücklich auf konfessionalistische Untertöne.<sup>47</sup> Vertreter der Proteste von 2011 äußerten bedingte Zustimmung für die neue Bewegung<sup>48</sup> und reisten sogar in die Region, um ihre Solidarität zu bekunden, äußerten jedoch Zweifel an den Motiven und Zielen einiger führender Aktivisten des Protests.

Zu diesen gehörten lokale Geistliche, Clanführer und Mitglieder der Irakischen Islamischen Partei (ein Ableger der Muslimbruderschaft), aber auch Anhänger der Baath-Partei und ehemalige Kämpfer aus der Widerstandsbewegung gegen die Besatzung mit Kontakten zu dschihadistischen Gruppen.<sup>49</sup> Damit war die neue Bewegung nicht nur fast ausschließlich sunnitisch, sondern barg auch das Potential, in konfessionelle Auseinandersetzungen auszuarten. Nachdem Regierungstruppen, die in den Augen der Aktivisten und der lokalen Bevölkerung als »schiitische« Einheiten galten, am 23. April 2013 mit brutaler Gewalt gegen das Camp der Demonstranten in Hawidscha vorgegangen waren, begann die Militarisierung der Proteste. Webseiten, die 2011 für die Organisation der Demonstrationen genutzt worden waren, füllten sich mit religiös verbrämter Hasspropaganda. Die Eskalation der konfessionellen Konflikte im Nachbarland Syrien heizte die Konfrontation im Irak weiter an und sorgte darüber hinaus für einen wachsenden Zustrom an Waffen und dschihadistischen Kriegern. Die gleichzeitige Zunahme von Anschlägen auf schiitische Stadtviertel, Moscheen und Märkte führte dazu, dass die schiitischen Iraker alle Sympathien für die Revolte im Nordwesten des Landes fahren ließen und sich jede konfessionsübergreifende Signalwirkung verlor, die von diesen Protesten und ihren ursprünglichen Forderungen hätte ausgehen können.

<sup>47</sup> Ali Issa, »Tipping towards Iraq's Squares: An Interview with Falah Alwan«, *Jadaliyya* (online), 22.1.2013, <[www.jadaliyya.com/pages/index/9699/tipping-towards-iraqs-squares\\_an-interview-with-fa](http://www.jadaliyya.com/pages/index/9699/tipping-towards-iraqs-squares_an-interview-with-fa)> (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>48</sup> Iraqi Civil Society Solidarity Initiative, *Iraqi Civil Society Organizations: »Escalating Political Conflict among Leaders of the Major Blocks Endangers the Unity of Iraqi Society and Reflects Negatively on Civil Peace«*, 30.1.2013, <[www.iraqicivilsociety.org/archives/1089](http://www.iraqicivilsociety.org/archives/1089)> (Zugriff am 24.4.2014); Forschungsinterviews mit Saad Salloum, Haidar Haidar.

<sup>49</sup> ICG, *Make or Break: Iraq's Sunnis and the State* [wie Fn. 29], S. 16–22.

## Libanon 2005/2011

Die Umwälzungen in Ägypten im Jahr 2011 fanden in libanesischen Online-Foren eine große Resonanz, die rasch in eine breite Unterstützung mündete für eine Bewegung im eigenen Land unter der Devise »Das Volk fordert den Sturz des konfessionellen Regimes«. Eine Mischung aus jungen Leuten, die sich erstmals politisch engagierten, sowie Aktivisten mit langjähriger Erfahrung in Bürgerinitiativen und Anhängern nicht-konfessioneller Parteien setzte diesen Slogan in direkte politische Aktion um. Am 27. Februar kamen etwa 2000 Menschen zu einer ersten Demonstration zusammen. Die fortan regelmäßig wiederholten Sonntagskundgebungen erreichten am 20. März mit etwa 20 000 Teilnehmern ihren Höhepunkt, und für etwas mehr als einen Monat gelang es der Bewegung, durch eine bewusste Konzentration auf soziale Probleme das Image von Verfechtern der »nationalen Einheit« und Überparteilichkeit aufrechtzuerhalten. Sie war letztlich aber nicht in der Lage, die tiefen Gräben in der libanesischen Politik und Gesellschaft zu überbrücken, und nicht gefeit gegen das Klima der konfessionellen Feindseligkeit und Angst, das durch den Konflikt im benachbarten Syrien noch angeheizt wurde. Im Frühsommer 2011 wurden die internen Auseinandersetzungen immer schärfer. Die Mehrheit der nicht parteilich gebundenen Teilnehmer zog sich zurück und die Bewegung verlief im Sande.

Acht Jahre zuvor hatte es im Libanon eine massive Volksbewegung gegeben, in der einige Beobachter damals einen Vorboten für künftige Ereignisse in der Region sahen.<sup>50</sup> Die Ermordung des früheren Ministerpräsidenten Rafiq Al-Hariri am 14. Februar 2005 schweißte die politische Opposition gegen das von Syrien gesteuerte libanesisches Regime zusammen. Eine unerwartet hohe Beteiligung an der Trauerkundgebung am 16. Februar löste Diskussionen darüber aus, ob eine Massenmobilisierung denkbar wäre. Diese Überlegungen der Politiker wurden jedoch schnell von den Ereignissen überholt. Am Abend des 18. Februar begannen Aktivisten, darunter einige aus den partei-

eigenen Studentenorganisationen,<sup>51</sup> sowie zahlreiche nicht politisch organisierte junge Libanesen damit, auf dem Märtyrerplatz im Zentrum Beiruts Zelte aufzuschlagen. In den folgenden zehn Tagen nahm die Zahl der Zelte und der auf dem Platz abgehaltenen Kundgebungen stetig zu, mit einem ersten Höhepunkt am 28. Februar, als im Parlament die Debatte über die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung stand. An diesem Tag widersetzten sich mehrere Tausend Protestierende friedlich dem vom Innenministerium verhängten Demonstrationsverbot. Armee und Sicherheitskräfte machten keine Anstalten, die Anordnung ernsthaft durchzusetzen. Angesichts dieser offensichtlichen Untergrabung seiner Autorität erklärte Ministerpräsident Omar Karami noch am gleichen Tag im Parlament seinen Rücktritt. Seine Rede wurde live im Fernsehen ausgestrahlt und auf einer Riesenleinwand auf dem Märtyrerplatz übertragen.<sup>52</sup> Das so erzeugte Siegesgefühl heizte die Begeisterung weiter an und erhöhte den Zulauf zu der Bewegung. Anhaltende Proteste und internationaler Druck, vor allem seitens der USA, zwangen das syrische Regime und seine libanesischen Verbündeten schließlich zum Einlenken. Am 7. März kündigte Syriens Präsident Baschar Al-Assad den endgültigen Abzug der syrischen Streitkräfte aus dem Libanon an.

<sup>51</sup> Mitglieder der Jugendorganisationen wurden zumeist von Aktivisten aus dem universitären Milieu mobilisiert, die aus eigenem Antrieb handelten und nicht auf strategische Vorgaben aus den Parteizentralen warteten. Einige von ihnen, wie die sehr aktiven Anhänger von General Michel Aoun (damals noch im Exil), gehörten nicht einmal einer formalen Parteistruktur an. Augenscheinlich war den Parteispitzen zunächst nicht bewusst, welches politische Potential diese Bewegung barg, so dass »ihre« Aktivisten weitgehend sich selbst überlassen blieben, siehe Christian Gahre, *Staging the Lebanese Nation. Urban Public Space and Political Mobilisation in the Aftermath of Hariri's Assassination*, Magisterarbeit, Beirut 2007; Rayan Majed, *L'engagement politique des étudiants dans l'Intifada de l'Indépendance*, Magisterarbeit, Beirut 2007; André Sleiman, »Le Camp de la Liberté, plate-forme de la révolution souverainiste de 2005«, in: *Annales de sociologie et d'anthropologie* (Université Saint-Joseph, Beirut), 18–19 (2007–2008), S. 121–160.

<sup>52</sup> Verfügbar unter <<https://www.youtube.com/watch?v=VXa0Yk98OXg&noredirect=1>> (in Arabisch, Zugriff am 24.4.2014).

<sup>50</sup> Samir Kassir, »Beirut, Frühling der Araber« (arabisch), in: *An-Nahar*, 4.3.2005, <<http://samirkassirfoundation.org/document/articles/Pr000553.doc>> (Zugriff am 24.4.2014).

Aber damit hatte die eigentliche Auseinandersetzung erst begonnen. Nur 24 Stunden später versammelte die Hisbollah ihre Anhänger in der Innenstadt zu einer prosyrischen Kundgebung, deren Ausmaß alle vorangegangenen Demonstrationen in den Schatten stellte.<sup>53</sup> Im Gegenzug legte die Opposition am 14. März nach und brachte mit Hilfe der finanziellen und logistischen Mittel der Hariri-Familie und ihrer politischen Verbündeten eine etwa doppelt so große Zahl an Demonstranten auf die Beine. Inzwischen hatten auch die politischen Parteien erkannt, welches Potential das »Freiheitscamp« auf dem Märtyrerplatz besaß, politische Unterstützung zu generieren und den Anspruch zu untermauern, die Opposition spreche im Namen des gesamten libanesischen Volkes. Die Freizügigkeit, mit der die studentischen Initiatoren anfangs noch agieren konnten, wurde immer mehr durch eine strenge Steuerung von oben abgelöst, und die Versuche von einigen der politisch ungebundenen Aktivisten, die im Camp entstandenen Strukturen zu einer permanenten Bürgerbewegung zu verstetigen, scheiterten am Einspruch der Parteiführungen.<sup>54</sup>

Die Daten der beiden rivalisierenden Demonstrationen, der 8. und 14. März, wurden zu Namensgebern für die politischen Lager, deren unüberwindbarer Antagonismus bis heute die libanesischen Politik prägt und lähmt. In dieser Konfrontation kristallisierten sich nicht nur grundlegend widerstreitende Ansichten über die Rolle Syriens im Libanon, sondern auch unvereinbare Auffassungen über Libanons politische Ausrichtung und Bündnispolitik in der Region. Während die »Allianz des 14. März« auf Neutralität und eine enge Anlehnung an den Westen und die Golfmonarchien setzt, drängt die »Allianz des 8. März« darauf, gemeinsam mit dem Iran und Syrien militanten »Widerstand« gegen die USA und Israel zu leisten. Zwar gelang es den wichtigsten politischen Akteuren etwa ein Jahr lang, sich auf ein Mindestmaß an gemeinsamer Regierungsarbeit zu verständigen, aber der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel im Sommer 2006 rückte die Differenzen nachhaltig in den

<sup>53</sup> In seiner Rede erhob Generalsekretär Hassan Nasrallah nachdrücklich den Anspruch, für seine politische Linie eine genauso große oder gar größere Legitimierung durch das Volk zu haben: »Ich frage die Welt und unsere Landsleute: Sind diese Hunderttausende bloße Marionetten?«. Unter <https://www.youtube.com/watch?v=ojJuMnbATXw&noredirect=1> sind die betreffenden Passagen der Rede (in Arabisch) zu sehen (Zugriff am 24.4.2014).

<sup>54</sup> Sleiman, »Le Camp de la Liberté« [wie Fn. 51], S. 160.

Vordergrund.<sup>55</sup> Im Herbst 2006 zog die »Allianz des 8. März« ihre Minister aus dem Kabinett ab, installierte ihrerseits ein Protestcamp im Zentrum von Beirut und sabotierte die Arbeit der Regierung für einen Zeitraum von 18 Monaten. Am 7. Mai 2008 setzte schließlich die Hisbollah ihre militärische Macht ein, zerschlug die im Aufbau begriffenen und schlecht organisierten regierungsnahen Milizen (sowohl die Armee als auch die Sicherheitskräfte griffen nicht ein) und zwang der Regierung Bedingungen auf, die der Hisbollah faktisch Vetorechte gegen alle Regierungsentscheidungen verschafften. Seitdem gären Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten. Für viele der antikonfessionellen Aktivisten, die Anfang 2011 auf die Straße gingen, gehörte die reale Angst vor einem neuen Bürgerkrieg zu ihren wichtigsten Beweggründen.

## Konfession und Staat

Politische Repräsentation entlang konfessioneller Kriterien ist schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein Kennzeichen des Libanon. Akteure vor Ort, europäische Mächte und die osmanischen Herrscher haben gemeinsam darauf hingewirkt, die Konfession zu der entscheidenden Kategorie zu machen, anhand deren die Beziehung zwischen der Bevölkerung und dem Staat organisiert wurde.<sup>56</sup> Treibende Kraft dieser Entwicklung war ein enges Wechselspiel zwischen sozialen und politischen Konflikten im Libanon selbst sowie regionalen und internationalen strategischen Interessen. Solange die libanesischen politischen Akteure sich selbst überlassen blieben, schmiedeten sie wechselnde und meist konfessionsübergreifende Bündnisse, um in ihrem immerwährenden Kampf um Machtanteile und Ressourcen Kompromisse zu erzielen, von denen alle profitierten. Sobald sich jedoch die Konflikte in der Region verschärfen, versuchten externe Mächte, das strategisch wichtige Land auf ihre Seite zu ziehen und unterstützten dann diejenigen

<sup>55</sup> Obwohl der Konflikt politisch umstritten war, erzeugte er einen bemerkenswerten Schub an konfessionsübergreifender Solidarität mit den betroffenen Bevölkerungsteilen (zumeist Schiiten) und Bewunderung für die militärischen Leistungen der Hisbollah. Politische Akteure unternahmen jedoch keine ernsthaften Versuche, dieses Momentum zur Suche nach einem nationalen Konsens zu nutzen.

<sup>56</sup> Ussama Makdissi, *The Culture of Sectarianism*, Berkeley 2000. Eine detaillierte Analyse der Ursachen für die Konflikte im 19. Jahrhundert findet sich bei Samir Khalaf, *Civil and Uncivil Violence in Lebanon: A History of the Internationalization of Communal Conflict*, New York 2002.

libanesischen Gruppen, die sich zu diesem Zweck anboten. Mit Unterstützung von außen drängten die radikalen Kräfte die moderaten immer weiter in den Hintergrund und machten die sonst übliche Verständigung unmöglich.

So brach der von 1975 bis 1990 währende libanesischer Bürgerkrieg zu einem Zeitpunkt intensiver amerikanisch-sowjetischer Rivalität aus. Mehrheitlich muslimische Gruppen kämpften für soziale Gleichstellung und eine Korrektur der konfessionellen Machtverteilung, aber auch für eine deutliche Annäherung an das von der UdSSR protegierte arabisch-nationalistische Lager und für eine eindeutige Parteinahme zugunsten des Kampfs der Palästinenser gegen Israel. Ihre (vorwiegend christlichen) Gegner verteidigten den Status quo, traten für Neutralität in regionalen Konflikten und eine prowestliche Ausrichtung ein und akzeptierten schließlich auch Unterstützung aus Israel. Diese bewaffnete Konfrontation machte den Libanon schnell zum Schauplatz eines Stellvertreterkriegs, in dem die externen Akteure sich oft über die Absichten ihrer Klientel im Land selbst hinwegsetzten und der erst beendet werden konnte, als die Sowjetunion zusammengebrochen war und sich die USA nach dem Golfkrieg von 1991 eine anscheinend stabile Vorherrschaft in der Region erobert hatten.<sup>57</sup>

Statt auf Kompromiss und Versöhnung wurde die Nachkriegsordnung auf Milizenführern aufgebaut, die einflussreiche Positionen in den politischen Institutionen besetzten, wobei Syrien als gefürchtete Ordnungsmacht fungierte. Die Ressourcen wurden nach konfessionellen Quoten und entsprechend der Verhandlungsmacht der Anführer der konfessionellen Gruppen verteilt. Für libanesischer Bürger bestand damit ein direkter Zusammenhang zwischen ihren persönlichen Chancen und der politischen Durchsetzungsfähigkeit ihrer jeweiligen führenden Repräsentanten. Deren bloße Präsenz und ständiger Wettstreit um Machtanteile und Ressourcen hielt auch die Erinnerung an die Vergangenheit und die Angst vor neuer Gewalt wach. Hinter einer Fassade inszenierter nationaler Versöhnung und ritualisierter Verurteilungen des Konfessionalismus waren die 1990er-Jahre ein Jahrzehnt, das von Angst und Hass zwischen den Konfessionen geprägt war.<sup>58</sup>

<sup>57</sup> Ein detaillierter Bericht über den Krieg und seine Ursachen findet sich bei Theodor Hanf, *Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon*, Baden-Baden 1990.

<sup>58</sup> Meinungsumfragen zeigen, dass die Intensität konfessioneller Einstellungen bereits 2002 beträchtlich zugenommen hatte, also mehrere Jahre vor dem Ausbruch der gegenwärtigen

Darüber hinaus waren in der neuen Ordnung nicht alle gleichermaßen willkommen. Syriens faktisch unanfechtbare hegemoniale Rolle zwang wichtige christliche Führungspersonlichkeiten ins Exil, andere wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, ihre Parteien zerschlagen. Libanesischer Christen mussten nicht nur den Verlust ihrer politischen Privilegien hinnehmen, sondern wurden überdies von Politikern vertreten, die viele als bloße Handlanger Syriens ablehnten.

## Konfession, Widerstand und der Aufstand von 2005

Das rigorose Vorgehen im Libanon barg für Syrien allerdings das Risiko, dass Libanesen mit unterschiedlichem konfessionellem Hintergrund ihre Differenzen überwinden und sich gegen die Besatzer zusammenschließen würden. Als der ehemalige Ministerpräsident Hariri im Jahr 2005 ermordet wurde, kam es genau zu diesem Effekt. Der bis dahin nur von den (zumeist christlichen) Verlierern des Bürgerkriegs propagierte Widerstand gegen Syrien wurde zur gemeinsamen Sache. Zumindest vorübergehend schob ein Teil der Libanesen seine Ängste und konfessionell begründeten Konkurrenzkämpfe beiseite.

Der Märtyrerplatz war die ideale Bühne für die Inszenierung dieses besonderen Narrativs nationaler Einheit. Nicht nur seine exponierte Lage im Stadtzentrum und in der Nähe wichtiger politischer Institutionen machte ihn zu einem perfekten Treffpunkt, sondern auch die Tatsache, dass im Bürgerkrieg genau hier die Frontlinie verlief – mit dem christlichen »Gebiet« im Osten und dem muslimischen im Westen. Die Menschen, die sich dort versammelten, sahen sich selbst auf hochemotionale Weise (und wurden von den Medien und PR-Experten, die ihre Fähigkeiten in den Dienst der Sache stellten, auch so dargestellt) als ein wiedervereinigtes Volk, das sein souveränes Gemeinwesen durch eine echte Bewegung von unten wiederherstellt, anstelle der verordneten Versöhnung im Schatten der Fremdherrschaft, die das Kennzeichen der 1990er Jahre gewesen war.

Darüber hinaus trat mit dem Gefühl nationaler (Wieder)Vereinigung gegen ausländische Besatzung

gen Konfrontation, siehe Theodor Hanf, *E pluribus unum? Libanese Opinions and Attitudes on Coexistence*, Byblos: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007, <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/beirut/04985.pdf>> (Zugriff am 24.4.2014).

unvermeidlich der »Gründungsmythos« der libanesischen Unabhängigkeit wieder ins Bewusstsein der Libanesen, die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf gegen die französische Kolonialmacht in den 1940er Jahren.<sup>59</sup> Eines der zentralen Ereignisse der Großdemonstration am 14. März war dann auch die Verlesung einer erneuten Souveränitätserklärung durch den später ermordeten Publizisten Gibran Tuani, in der christliche und muslimische Libanesen das Versprechen abgaben, in guten und in schlechten Zeiten zusammenzuhalten. Mit ihrer ekstatischen Zurschaustellung nationaler, konfessionsübergreifender Harmonie und Einheit erhob die Bewegung des Märtyrerplatzes für sich einen besonders wirksamen Anspruch auf Legitimität, während gleichzeitig den von der Besatzungsmacht gesteuerten politischen Institutionen ebendiese Legitimität vollständig abgesprochen wurde.

Doch nicht alle Bevölkerungsgruppen fühlten sich von diesem Narrativ der nationalen Einheit gleichermaßen vertreten. Beobachter wiesen schon früh auf die auffällig niedrige Beteiligung schiitischer Libanesen hin. Genauer gesagt hielten viele Libanesen, die den politischen Ansichten der Hisbollah nahestanden (überwiegend, aber nicht ausschließlich Schiiten), die Ermordung Hariris von Anfang an für eine von Israel unter falscher Flagge durchgeführte Operation, die Syrien kompromittieren sollte,<sup>60</sup> und schrieben die Ereignisse am Märtyrerplatz amerikanischen Machenschaften zu. Dennoch beobachtete die Partei selbst das Geschehen drei Wochen lang abwartend aus der Ferne.

Die Bewegung auf dem Märtyrerplatz bestritt diese Abwesenheit der Schiiten zunächst. Zum Beweis, dass der Eindruck schlicht falsch sei, wurden einzelne schiitische Teilnehmer ins Rampenlicht gestellt und Zuversicht bekundet, dass sich bald mehr und mehr Schiiten der Bewegung anschließen würden. Als die Hisbollah am 8. März schließlich Position bezog, wandelte sich die Hoffnung in Aggression. Antischiitische

<sup>59</sup> Siehe Hanna Ziadeh, *Sectarianism and Intercommunal Nation-building in Lebanon*, London 2006, Kapitel 5.

<sup>60</sup> Interviews des Autors in Wohnvierteln, die von der Hisbollah dominiert werden, im Februar 2005. Schiitische Jugendliche, die sich ein Stück weit von der Partei distanzieren, brachten ihre Sympathie für die antisyrische Agenda der Proteste zum Ausdruck und verwiesen auf die Konkurrenz durch billige syrische Arbeitskräfte. Diejenigen, die an den Demonstrationen teilgenommen hatten, berichteten von antischiitischen Parolen bereits vor dem 8. März, insbesondere von Hariri-Anhängern aus sunnitisch bewohnten Stadtvierteln.

Rhetorik griff in einer Weise um sich, die auch viele nicht-schiitische Aktivisten als abstoßend empfanden. Unter den Schiiten selbst blieben nur diejenigen bei der Bewegung, die eindeutig gegen die Hisbollah waren oder anderen, vorgeblich nicht-konfessionellen Gruppierungen angehörten wie der Demokratischen Linken oder der nationalistischen Bewegung des im Exil lebenden Generals Michel Aoun. Der 8. März verschob die Maßstäbe, denn die an jenem Tag in das Stadtzentrum Beiruts strömenden Massen von Hisbollah-Sympathisanten stellten den von der libanesischen Opposition erhobenen Anspruch in Frage, den Willen des gesamten libanesischen Volkes zu repräsentieren. Die Aktivisten vom Märtyrerplatz antworteten mit den gleichen Mitteln und setzten das Klientelnetzwerk der Hariri-Familie ein, um ihren politischen und moralischen Anspruch durch quantitative Überlegenheit zu untermauern. Mit dem Schulterchluss aller anderen Glaubensgemeinschaften gegen die Schiiten gelang dies auch.<sup>61</sup> In weniger als einem Monat geriet die anfangs von spontan agierenden Jugendlichen ins Leben gerufene Bewegung unter die vollständige Kontrolle konfessionell gebundener politischer Akteure, die einmal mehr ihre partikularistischen Interessen unter dem Banner des libanesischen Patriotismus verfolgten.

## 2011: Ein neuer Beiruter Frühling

Anfang 2011 verband sich der Enthusiasmus vieler Libanesen über die offensichtlichen Erfolge der Aufstandsbewegungen in Ägypten und Tunesien mit der Unzufriedenheit über die mit Fraktionskämpfen beschäftigte politische Klasse im eigenen Land. Die Begeisterung über die Ereignisse in Nordafrika einte die Menschen über all jene konfessionellen und politischen Bruchlinien hinweg, die den Libanon seit 2005 spalteten. Deshalb waren die Aktivisten, die 2011 die ersten Proteste im Libanon organisierten, davon überzeugt, dass eine breite Mobilisierung rund um die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einer inklusiveren Politik sowie der gemeinsame Widerstand gegen eine korrupte politische Klasse dazu bei-

<sup>61</sup> Auf beiden Seiten wurden die Teilnehmerzahlen zu Propagandazwecken zu einer Höhe aufgebauscht, die an den jeweiligen Standorten gar nicht möglich gewesen wären (angeblich eine Million am 8. März und anderthalb Millionen am 14. März). Dagegen erscheint das von diesen Berichten angenommene *Verhältnis* der Teilnehmerzahlen der beiden Demonstrationen (2:1) in etwa angemessen.

tragen könnten, die konfessionellen Gegensätze abzubauen oder zumindest zu mildern.<sup>62</sup>

Da sich die Bewegung die Abschaffung des »konfessionellen politischen System« auf ihre Fahnen geschrieben hatte, erschien die von Anfang an starke Präsenz von Mitgliedern säkularistischer Parteien wie der Libanesischen Kommunistischen Partei (LKP) und der Syrischen Sozial-Nationalistischen Partei (SSNP)<sup>63</sup> zunächst nur plausibel.<sup>64</sup> Trotz ihrer antikonfessionellen politischen Programmatik sind diese Parteien in der Vergangenheit jedoch strategische Bündnisse mit Parteien eingegangen, die ein eindeutig religiös geprägtes Profil haben, und vertreten politische Positionen, die für viele Libanesen einen konfessionellen Anstrich haben. Auf der Suche nach starken staatlichen Partnern bei der Verwirklichung seiner Vision eines Nationalstaats auf dem Gebiet des »fruchtbaren Halbmonds«<sup>65</sup> war der libanesischer Zweig der SSNP seit Jahrzehnten ein treuer Anhänger des syrischen Baath-Regimes und nach 2005 ein loyaler Bündnispartner der Hisbollah, was auch deren direkte militärische Unterstützung während der Zusammenstöße im Mai 2008 einschloss. Dieser Kurs brachte der Partei Kabinettsposten und vorteilhafte Wahlbündnisse ein. Die LKP ihrerseits hat sich, geleitet von anti-imperialistischen und anti-zionistischen Zielsetzungen, in der jüngeren Vergangenheit trotz ideologischer und historischer Gegensätze eng an der politischen Linie der Hisbollah orientiert.<sup>66</sup> So kam es 2011 in der neuen

Bewegung von Anfang an zu verbalen Gefechten zwischen Mitgliedern dieser Parteien, die den »Widerstand« gegen Israel und die USA zur ersten *nationalen* Pflicht ausriefen, und Aktivisten, die der Hisbollah keinen Sonderstatus einräumen wollten. Als einige Kräfte auf schärfere Angriffe gegen die politische Klasse drängten und bestimmte Politiker namentlich als Symbole des zu stürzenden »konfessionellen Regimes« attackieren wollten, folgten lange Auseinandersetzungen, die in einem fragwürdigen Kompromiss endeten: Während die Demonstranten auf Spruchbändern die Führer aller relevanten konfessionellen Parteien geißelten, nahmen sie von der Hisbollah lediglich den Vorsitzenden der Parlamentsfraktion ins Visier der Kritik; Generalsekretär Hassan Nasrallah blieb als Ikone des »Widerstands« verschont.

Den libanesischen Medien und der Öffentlichkeit mit ihrem gut entwickelten Sensorium für versteckte konfessionelle und parteipolitische Interessen blieb diese Doppelbödigkeit natürlich nicht verborgen. Daher dauerte es nicht lange, bis speziell jene Medien, die hinter der »Allianz des 14. März« stehen, die 2011er-Bewegung als eine kaum verschleierte Propagandaaktion der »Allianz des 8. März« darstellten. Diese Wahrnehmung schien noch dadurch bestätigt zu werden, dass Parlamentspräsident Nabih Berri, der berüchtigt für die Ausnutzung (schiitischer) konfessioneller Quoten zugunsten seiner eigenen Klientelnetzwerke ist, der Bewegung öffentlich seine Unterstützung aussprach. Letzteres verstärkte den verbreiteten Verdacht, dass die Forderung nach einem Ende des konfessionell geprägten politischen Systems (also nach Abschaffung konfessioneller Quoten, der Vetorechte etc.) nichts weiter sei als ein Manöver, das demografische Gewicht der libanesischen Schiiten in eine politische Vormachtstellung umzumünzen.<sup>67</sup>

Die internen Differenzen verschärften sich zusätzlich, als der Konflikt im benachbarten Syrien eskalierte. Viele der unabhängigen Aktivisten brachten ihre Solidarität mit oder gar Begeisterung für die syrische Aufstandsbewegung zum Ausdruck und begriffen sie als Teil des in der gesamten arabischen Welt aus-

Widerstand gegen die israelische Besatzung monopolisiert zu haben und behaupten, die Hisbollah habe Operationen anderer Organisationen, zum Beispiel der linksorientierten Libanesischen Nationalen Widerstandsfront, aktiv sabotiert.  
<sup>67</sup> Das exakte demografische Verhältnis ist nicht bekannt, jedoch werden besonders die sunnitischen Libanesen von der Furcht umgetrieben, das Wachstum der schiitischen Konfessionsgemeinschaft könnte ihre traditionelle Vorrangstellung innerhalb des muslimischen Lagers in Frage stellen.

<sup>62</sup> Forschungsinterview mit Aktivist Basil Saleh, September 2011.

<sup>63</sup> Einige Aktivisten behaupten, dass Parteimitglieder aufgrund ihres Erfahrungsvorsprungs im Organisieren und Leiten von politischen Veranstaltungen schon die ersten Treffen der aufkeimenden Bewegung dominiert hätten, Forschungsinterview mit Aktivist Ali Nouredine, September 2011.

<sup>64</sup> Siehe Basim Sheet, »Die Bewegung für die Abschaffung des konfessionellen Systems und seiner Symbole« (arabisch), *Permanent Revolution* (online, in Arabisch), 2012, <<http://permanentrevolution-journal.org/ar/issue1/anti-sectarianism-movement-lebanon-lessons>> (Zugriff am 25.4.2014).

<sup>65</sup> Das Attribut »syrisch« im Namen der Partei bezieht sich auf ein Gebiet, das sich von der östlichen Mittelmeerküste bis zum Persischen bzw. Arabischen Golf und damit weit über die Grenzen des heutigen Staates Syrien hinaus erstreckt. Die Partei vertritt eine Nationalidee, die sich auf eine grenzüberschreitende gemeinsame Kulturgeschichte dieses geographischen Raumes gründet und in der sich verschiedene Glaubensrichtungen, Ethnien und Sprachen wiederfinden sollen.

<sup>66</sup> Viele Kommunisten machen die Hisbollah für die Ermordung linker Intellektueller in den späten 1980er Jahren verantwortlich. Darüber hinaus beschuldigen sie die Partei, den



getragenen Kampfes gegen repressive Regierungen. Sie waren entsetzt, als sich herausstellte, dass viele ihrer Mitstreiter stattdessen Partei für das Assad-Regime ergriffen und diese Haltung mit Syriens Unterstützung für die Widerstandsagenda der Hisbollah begründeten. Die Gleichsetzung des syrischen Aufstands mit sunnitisch-islamistischem Extremismus (mit Verbindungen zu Akteuren im Libanon), die Medien und soziale Netzwerke aus dem Umfeld der »Allianz des 8. März« betrieben, löste bei nicht-sunnitischen Aktivist\*innen noch weitere Ängste aus. Die Unabhängigen unter den Initiatoren der Kampagne für »den Sturz des konfessionellen Systems« waren nun gefangen zwischen Parteistrategen, die die Mobilisierung zu taktischen Zwecken ausnutzten, und Mitkämpfern, deren Wahrnehmung zunehmend von der Furcht vor religiös motivierter Gewalt bestimmt wurde. Für ihre Botschaft, dass die geforderten Veränderungen über konfessionelle und parteipolitische Gräben hinweg zum Vorteil aller Libanesen sein würden, konnten sie bald keine Resonanz mehr erzielen.

## Syrien

Ende Januar 2011 hielten kleine Gruppen von Aktivisten im Zentrum von Damaskus Mahnwachen ab, mit denen sie auf soziale Probleme aufmerksam machen und ihre Unterstützung für die beginnende Revolution in Ägypten demonstrieren wollten. Sie wurden eingeschüchtert und von Schlägern vertrieben. Aufrufe zu einem »Tag des Zorns« am 4. Februar, die in den sozialen Medien verbreitet wurden, verhallten ohne nennenswerte Reaktionen.<sup>68</sup> Einige der erfahreneren oppositionellen Aktivisten bekundeten öffentlich ihre Zweifel, ob es in Syrien zu einer Erhebung des Volkes kommen könne, und wiesen darauf hin, dass den Revolutionen in Tunis und Ägypten jahrelange Vorarbeit vorausgegangen sei, die in Syrien nicht möglich war.<sup>69</sup> Vor 2011 waren Aktivitäten in einem vordergründig unpolitischen sozialen und kulturellen Rahmen praktisch die einzige Möglichkeit für praktizierten Dissens. Eng überwacht von den allgegenwärtigen Sicherheitsdiensten und gelegentlichen Repressionen ausgesetzt, wurde diese »laterale Zivilgesellschaft«<sup>70</sup> mit ihren linken, liberalen und säkularen Anschauungen so lange toleriert wie sie sich mit einem Minimum an öffentlicher Präsenz begnügte und darauf verzichtete, dauerhafte und unabhängige Strukturen zu schaffen.<sup>71</sup>

**68** »Q&A: Syrian Activist Suhair Atassi«, *Aljazeera.com*, 9.2.2011, <[www.aljazeera.com/indepth/2011/02/2011129135657367367.html](http://www.aljazeera.com/indepth/2011/02/2011129135657367367.html)> (Zugriff am 25.4.2014).

**69** Ammar Abdulhamid, »Syria Is not Ready for an Uprising«, in: *The Guardian*, 7.2.2011, <[www.theguardian.com/commentisfree/2011/feb/07/syria-uprising-egypt-tunisia-days-of-rage](http://www.theguardian.com/commentisfree/2011/feb/07/syria-uprising-egypt-tunisia-days-of-rage)> (Zugriff am 25.4.2014).

**70** Dieser Begriff wurde dem Autor 2007 von einem syrischen Intellektuellen vorgeschlagen, der sich bemühte, unter dem Schutz reformwilliger Kräfte innerhalb des Regimes Freiräume für »unabhängige« öffentliche Aktivität zu schaffen.

**71** Die meisten NROs wurden gezwungen, sich unter die Ägide der von First Lady Asma Al-Assad begründeten »Syrischen Stiftung für Entwicklung« zu stellen, Salam Kawakibi (Hg.), *Syrian Voices from Pre-Revolution Syria: Civil Society Against All Odds*, Den Haag: Humanist Institute for Cooperation with Developing Countries (Hivos), April 2013 (Knowledge Programme Civil Society in West Asia, Special Bulletin 2), <[www.hivos.net/content/download/100237/867726/file/Special%20Bulletin%202-Salam%20Kawakibi%20\\_6-5-13\\_.pdf](http://www.hivos.net/content/download/100237/867726/file/Special%20Bulletin%202-Salam%20Kawakibi%20_6-5-13_.pdf)> (Zugriff am 25.4.2014).

Die Proteste, die diese städtischen, elitebasierten Netzwerke von Regimekritikern organisierten, wurden in den folgenden Wochen mutiger und gipfelten schließlich in einer am 16. März vor dem Innenministerium abgehaltenen Demonstration für die Freilassung politischer Gefangener. Sie konnten jedoch nie die Dynamik einer Massenbewegung erreichen. Stattdessen begehrten die Bewohner von Vierteln abseits der Stadtzentren und in den Provinzstädten gegen Missstände auf, die sie zuvor als unausweichliche Tatsachen des Lebens hingenommen hatten. Zum ersten größeren Protest kam es am 17. Februar im belebten Damaszener Viertel Harika nach einer Auseinandersetzung zwischen einem Bewohner und der Verkehrspolizei.<sup>72</sup> Dem folgten Demonstrationen in der südlichen Stadt Daraa, wo sich der Zorn des Volkes gegen einen ohnehin unbeliebten örtlichen Gouverneur an der Festnahme und Misshandlung von Schulkindern entzündete, die »revolutionäre« Graffiti gemalt hatten.<sup>73</sup> Die von Online-Aktivisten vor Ort über ausländische Netzwerke verbreiteten Bilder der Gewalt gegen die Bewohner Daraas lösten in ganz Syrien Proteste aus. In den ersten drei Monaten des Aufstands handelte es sich um kleine, spontan formierte Zellen junger und politisch meist unerfahrener Aktivisten, die auf ein zunehmend harsches Vorgehen der Sicherheitskräfte trafen. Im Juni 2011 schuf der Abzug der Sicherheitskräfte aus Hama, der viertgrößten Stadt Syriens, den Raum für eine massive Ausweitung der Demonstrationen, die die Stadt fast einen Monat lang in Beschlag nahmen.<sup>74</sup> Dagegen blieb die Bewegung in den Ballungsgebieten von Damaskus und Aleppo auf die Außenbezirke beschränkt, während in den Zentren beider Städte Regierungsanhänger Gegendemonstrationen abhielten. Im Sommer 2011 gingen die gewalt-

**72** *Al-Quds Al-Arabi*, 18.2.2013. Eine englische Zusammenfassung und ein Video der Ereignisse sind verfügbar unter <<http://syriaintransition.com/2011/02/18/move-you-donkey-sparked-17-feb-damascus-demo/>> (Zugriff am 9.4.2014).

**73** Hugh Macleod, »Inside Deraa«, *Aljazeera.com*, 19.4.2011, <[www.aljazeera.com/indepth/features/2011/04/201141918352728300.html](http://www.aljazeera.com/indepth/features/2011/04/201141918352728300.html)> (Zugriff am 25.4.2014).

**74** Nour Ali, »Hama – The City That’s Defying Assad«, in: *The Guardian*, 1.8.2011, <[www.theguardian.com/world/2011/aug/01/hama-syrian-city-defying-assad](http://www.theguardian.com/world/2011/aug/01/hama-syrian-city-defying-assad)> (Zugriff am 25.4.2014).

freien Kundgebungen im Zuge des immer härteren Durchgreifens der Sicherheitskräfte nach und nach in bewaffnete Kämpfe über. Trotz wiederholter internationaler Versuche, in dem Konflikt zu vermitteln (unter anderem von Seiten Kofi Annans), steuerte das Land seit der Gründung der Freien Syrischen Armee Ende Juli auf direktem Weg in einen Bürgerkrieg.

### Konfession, Macht und Gewalt<sup>75</sup>

Alawiten, die allgemein dem schiitischen Islam zugerechnet werden, machen ungefähr zehn Prozent der syrischen Bevölkerung aus, dominieren jedoch das Militär und den allmächtigen Sicherheitssektor in Syrien.<sup>76</sup> Diese Vorrangstellung geht auf die Rekrutierungspräferenzen der französischen Kolonialverwaltung zurück. Die jetzige Form ihrer Vorherrschaft erreichten die Alawiten jedoch erst durch das Jahrzehnt der Putsche und Gegenputsche, an dessen Ende im Jahr 1970 schließlich Hafis Al-Assad (der Vater des gegenwärtigen Präsidenten) an die Macht kam.

Ähnlich wie ihr verfeindetes ideologisches Pendant im benachbarten Irak, erkannte die herrschende syrische Baath-Partei in ihrem Streben nach Festigung ihrer Macht, dass die Bande von Religions-, Clan- und Familienzugehörigkeit stärker waren als alle anderen Quellen der Solidarität. Das Regime Hafis Al-Assads machte sich diese Erkenntnis zunutze und besetzte die Ränge von Armee, Sicherheitsdiensten und Sondereinheiten mit loyalen Verbündeten, die überwiegend aus der alawitischen Gemeinschaft stammten. Als Absicherung gegen Widersacher aus den eigenen Reihen (Assad selbst hatte einen alawitischen Rivalen aus dem Amt gedrängt und wurde ein Jahrzehnt später von seinem eigenen Bruder herausgefordert) achtete das Regime auf ein sorgsam ausbalanciertes Machtgleichgewicht zwischen den verschiedenen alawitischen Clans. Nicht-alawitische Offiziere wurden in Positionen untergebracht, in denen sie die Gründung von alawitisch kontrollierten Netzwerken autonomer

Macht unterbinden würden, selbst aber nicht in der Lage waren, solche Netzwerke ins Leben zu rufen. Eine Karriere in der Armee oder im Sicherheitssektor war für viele Angehörige dieser, in ihrer Geschichte lange an den Rand gedrängten Gemeinschaft eine Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg.<sup>77</sup>

Gleichzeitig band Hafis Al-Assad die überwiegend sunnitische städtische Kaufmannsklasse, die seine linksgerichteten Vorgänger verprellt hatten, wieder an das Regime und vergab einflussreiche Ämter an Personen, die in ihren Heimatregionen über traditionelle Autorität und soziales Kapital verfügten. Über die weitverzweigten Strukturen der Baath-Partei konnten Provinzeliten unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit Zugang zum Machtzentrum und zu Ressourcen erlangen. Damit sicherte sich das Regime ihre Unterstützung, während sie zugleich immer unter den wachsamen Augen von zumeist alawitischen Sicherheitsoffizieren blieben. An der Spitze dieser Pyramide aus Klientelismus und Kontrolle mündeten alle diese auf Loyalität und Begünstigung gegründeten Beziehungen schließlich in einem Machtgeflecht, das die Großfamilie der Assads, die Sicherheitsdienste und die syrische Geschäftswelt eng miteinander verwebte.<sup>78</sup>

Der Verlauf des gewaltsamen Konflikts zwischen dem Regime und der Muslimbruderschaft in den Jahren 1976 bis 1982 war ein Beweis für die Wirksamkeit dieser Strategie und trug dazu bei, diese Praktiken noch weiter zu zementieren. Obwohl sie die religiösen, sozialen und konfessionellen Vorurteile gegen die Emporkömmlinge vom Land aufgriff, konnte die

<sup>75</sup> Zum folgenden Narrativ siehe Volker Perthes, *The Political Economy of Syria under Asad*, London 1997; Raymond Hinnebusch, *Syria: Revolution from Above*, London/New York 2004.

<sup>76</sup> Angeblich sind 80 Prozent der Offiziere Alawiten. Berichten zufolge haben nicht-alawitische Offiziere zuweilen Probleme, ihre Befehlsgewalt über Alawiten auszuüben, die ihnen dem Rang nach eigentlich unterstehen, siehe Reva Bhalla, »Making Sense of the Syrian Crisis«, *Stratfor.com*, 5.5.2011, <[www.stratfor.com/weekly/20110504-making-sense-syrian-crisis](http://www.stratfor.com/weekly/20110504-making-sense-syrian-crisis)> (Zugriff am 25.4.2014).

<sup>77</sup> Einem in der syrischen Opposition verbreiteten Diskurs zufolge verzichtete das Assad-Regime bewusst darauf, die alawitischen Kerngebiete im Nordwesten zu entwickeln, mit dem Ziel, Angehörige der Gemeinschaft zur Migration in die Städte zu bewegen. Als Angestellte im öffentlichen oder Sicherheitssektor wurden sie dann zu abhängigen Klienten des Regimes, siehe Christa Salamandra, »Sectarianism in Syria: Anthropological Reflections«, in: *Middle East Critique*, 22 (2013) 3, S. 303–306.

<sup>78</sup> Eine grafische Darstellung des gegenwärtigen Aufbaus der Machtstrukturen findet sich unter <[www.washingtoninstitute.org/uploads/Maps/Syria-Regime-Chart-20130826](http://www.washingtoninstitute.org/uploads/Maps/Syria-Regime-Chart-20130826)>. Siehe auch Samer Abboud, *Syria's Business Elite between Political Alignment and Hedging Their Bets*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2013 (SWP Comments 22/2013), <[www.swp-berlin.org/en/publications/swp-research-paper-detail/article/syrias\\_business\\_elite.html](http://www.swp-berlin.org/en/publications/swp-research-paper-detail/article/syrias_business_elite.html)>. Eine aufschlussreiche Analyse der Regionalisierung der Macht im baathistischen Syrien findet sich bei Kheder Khaddour/Kevin Mazur, »The Struggle for Syria's Regions«, in: *Middle East Report*, (Winter 2013) 269, <[www.merip.org/mer/mer269/struggle-syrias-regions](http://www.merip.org/mer/mer269/struggle-syrias-regions)> (Zugriff jeweils am 28.4.2014).

Muslimbruderschaft das vom Assad-Clan gesponnene Netz aus wechselseitigen Abhängigkeiten nicht zerstören. So blieben weite Teile der sunnitischen Landbevölkerung und die städtische Kaufmannsklasse von Damaskus auf Distanz zu den Aufständischen oder stellten sich gar auf die Seite des Regimes.

Der Konflikt und insbesondere das Massaker von Hama im Jahr 1982 erzeugten ein Klima der Angst, das vom Regime gründlich genutzt wurde, um seine gesellschaftliche Basis zu konsolidieren und auszubauen. Angriffe der Islamisten auf Alawiten, die nicht in direkter Verbindung zum Regime standen, schürten die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen nach einem möglichen Regimewechsel und ließen ein kollektives Gefühl der Bedrohung aufkommen, das eine Rückkehr des Islamismus mit bevorstehendem Völkermord gleichsetzte.<sup>79</sup> Andere Minderheiten wurden vom System Assad durch gelegentliche Vorzugsbehandlungen umworben und waren vornehmlich daran interessiert, dass die Islamisten in Schach gehalten wurden. Auch Sunniten, die sich einem gemäßigt westlichen Lebensstil zuwandten, betrachteten den Islamismus mit Sorge.

Die bewaffnete Konfrontation in den 1980er Jahren war für das Regime nicht nur ein Beweis dafür, dass der Sicherheitssektor in alawitische Hände gehörte, sondern veranlasste es auch dazu, diese Dienste mit immer größerer Macht, ja sogar tödlicher Macht auszustatten. So verbreitete sich die Wahrnehmung, jeder Alawit in beliebiger Position könne mächtige Beziehungen mobilisieren um Gegner und Konkurrenten auszuschalten. Dieser pauschale Eindruck entsprach zwar nicht immer den Tatsachen,<sup>80</sup> war jedoch prägend für das öffentliche Bild der Alawiten in den Augen vieler anderer Syrer. Dieses Image gab auch

denjenigen Mitgliedern der Gemeinschaft, die weder Nutznießer des Regimes noch an dessen Verbrechen beteiligt waren, Grund, einen Machtwechsel zu fürchten – denn es schien wenig wahrscheinlich, dass eine neue Führung sich die Mühe machen würde, zwischen Schuldigen und Unbeteiligten zu unterscheiden. Diese Logik machten sich teilweise auch die Mitglieder anderer Minderheiten zu eigen (Christen, Drusen, Ismailiten, Schiiten, Tscherkessen), die als bevorzugte Klientel des Regimes galten, und aus diesem Grund Vergeltung befürchteten.<sup>81</sup>

## Konfessionalismus im syrischen Aufstand

Ausgangspunkt des Aufstands von 2011 war die Stadt Daraa und die Region Hauran, die vorwiegend von sunnitischen Arabern bewohnt und dennoch seit jeher für ihre unerschütterliche Regimetreue bekannt sind. Dieser Landesteil im Südwesten Syriens stellte stets einen gewichtigen Teil der Partei- und Staatsbeamten<sup>82</sup> und verweigerte der Muslimbruderschaft während des Konflikts von 1976 bis 1982 die Unterstützung. Die in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts eingeführten Wirtschaftsreformen hatten jedoch, ebenso wie in anderen Städten der syrischen Provinz, für beträchtliche soziale Spannungen gesorgt. Als sich Mitte März 2011 angesehene Bürger bei Regierungs- und Sicherheitsbeamten für die nach ihrer Graffiti-Aktion inhaftierten Schulkinder einsetzten (siehe oben, S. 25) und verächtlich abgekanzelt wurden, entluden sich angestaute Wut und Verbitterung in offener Rebellion. Die ersten Proteste richteten sich jedoch nicht gegen den konfessionellen Charakter des Regimes, sondern gegen die Willkürherrschaft des örtlichen Gouverneurs (dessen Residenz in Brand gesetzt wurde) und die grassierende Korruption, als deren

<sup>79</sup> Khaddour und Mazur (»The Struggle for Syria's Regions« [wie Fn. 78]) berichten von einem Sicherheitsoffizier, der seine Tochter im vorwiegend von Sunniten bewohnten Stadtteil Midan in Damaskus statt in seiner Heimatstadt Tartous registrieren ließ, damit ihr Ausweis im Fall eines zukünftigen gewaltsamen Konflikts nicht ihren alawitischen Hintergrund verraten würde.

<sup>80</sup> So bestehen ausgeprägte Unterschiede zwischen Alawiten aus den verschiedenen Regionen. Zum Beispiel stammen die meisten hochrangigen alawitischen Angehörigen der Sicherheitsdienste aus der Küstenregion und dem Küstengebirge, während viele alawitische Bewohner der Zentralebene rund um Homs sich wie Gemeinschaftsangehörige zweiter Klasse behandelt fühlen, siehe Aziz Nakkash, *The Alawite Dilemma in Homs. Survival, Solidarity and the Making of a Community*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2013, <<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09825.pdf>> (Zugriff am 28.4.2014).

<sup>81</sup> Ängste dieser Art brachten Anfang der 1990er Jahre viele syrische Christen dem Autor gegenüber zum Ausdruck; Angehörige muslimischer Minderheiten berichteten, dass ihnen dieselben Ressentiments entgegengebracht würden wie den Alawiten.

<sup>82</sup> Wie etwa Vizepräsident Farouk Al-Sharaa, Ministerpräsident Wael Al-Halaqi, der stellvertretende Außenminister Faisal Al-Mekdad, Informationsminister Omran Al-Zoubi sowie der langjährige Ministerpräsident Mahmoud Al-Zoubi, siehe Tareq Al-Abd, »Tribalism and the Syrian Crisis«, *As-Safir*, 18.1.2013, unter <[www.al-monitor.com/pulse/culture/2013/01/tribalism-clans-syria.html#ixzz2jxuNdLn1](http://www.al-monitor.com/pulse/culture/2013/01/tribalism-clans-syria.html#ixzz2jxuNdLn1)> (Zugriff am 28.4.2014).

Protagonist besonders der Cousin des Präsidenten Rami Makhlouf attackiert wurde.<sup>83</sup>

Als leicht zugängliche und oft einzig verfügbare Versammlungsorte und potenzielle Zufluchtsorte bei Razzien boten sich den Protestierern die Moscheen an. In Daraa wurde die historische Al-Omari-Moschee daher zum Zentrum des Aufstands und beherbergte auch ein Feldlazarett. Sie wurde am 23. März von Regierungskräften gestürmt, wobei fünf Menschen ums Leben kamen. Die gewaltsame Einnahme dieses besonderen, nach dem verehrten Kalifen Omar bin Al-Khattab benannten sunnitischen Andachtsorts verlieh dem Konflikt in Daraa augenblicklich eine starke konfessionelle Dimension, insbesondere da die Attacke alawitischen Stoßtruppen unter dem direkten Kommando des Präsidentenbruders Maher Al-Assad zugeschrieben wurde. Einflussreiche religiöse Persönlichkeiten aus dem Salafisten- und Sufi-Milieu, die bis dahin ihre Anhänger von einer Beteiligung an den Protesten abgehalten hatten, gingen nun in offene Opposition zum Regime.

Anders als Daraa besaßen jedoch viele der Städte, in denen Solidaritätskundgebungen stattfanden (wie zum Beispiel Baniyas, Latakia, Homs), eine gemischte Bevölkerungsstruktur aus Alawiten und Sunniten. Am 25. März befand sich Latakia am Rande einer Katastrophe, als bewaffnete Gruppen (angeblich Schmuggler aus dem Umfeld eines Mitglieds der Assad-Familie) aus dem umliegenden Bergland in die Stadt strömten, um die örtlichen Alawiten vor Übergriffen durch vermeintlich islamistische Demonstranten zu schützen. Unbekannte Personen tauchten in alawitisch und sunnitisch bewohnten Vierteln auf, um die Bewohner vor bevorstehenden Angriffen der jeweils anderen Gruppe zu warnen. Die traditionellen Führer beider Gemeinschaften arbeiteten mit den örtlichen Behörden zusammen, so dass die Situation unter Kontrolle gebracht werden konnte. Am 27. März goss Regierungssprecherin Buthaina Shaaban jedoch weiteres Öl ins Feuer und behauptete, es sei eine »konfessionelle Verschwörung« gegen Syrien im Gange.<sup>84</sup> Präsident

<sup>83</sup> So zerstörten die Demonstranten die Büros von Syriatel, einem Mobilfunkunternehmen unter der Kontrolle von Makhlouf. Zu den folgenden Abschnitten siehe Mohammed Jamal Barout, *Geschichte Syriens im vergangenen Jahrzehnt* (arabisch), Teil 5-5-1, Doha: Arab Center for Research & Policy Studies, 16.9.2011, S. 13, 20–23, 31, <[www.dohainstitute.org/release/e84a713e-6da3-43d3-99c3-c68f25a4954a](http://www.dohainstitute.org/release/e84a713e-6da3-43d3-99c3-c68f25a4954a)> (Zugriff am 28.4.2014).

<sup>84</sup> »Tote in Syrien und Anschuldigungen, das Regime sei das Ziel« (arabisch), *Aljazeera.net*, 27.3.2011,

Baschar Al-Assad hieb in seiner Rede vor dem syrischen Parlament drei Tage später in dieselbe Kerbe.<sup>85</sup> Eine Spirale der Gewalt in Baniyas, Dschibla und Homs (erstmal tauchten Videos auf, in denen die Mörder die Leichen ihrer Opfer zur Schau stellten) führte schnell auch zu konfessionell motivierten Ausschreitungen. Traditionelle Führungspersönlichkeiten, darunter auch regierungstreue Sunniten, konnten die Lage nicht länger unter Kontrolle halten.<sup>86</sup>

Angesichts dieser Eskalation, die auf höchster Regierungsebene und in regimefreundlichen Medien zusätzlich geschürt wurde, konnten die beträchtlichen Anstrengungen vieler Aktivisten, konfessionsübergreifende Solidarität herzustellen und einen gesamtsyrischen Nationalismus heraufzubeschwören, das Abgleiten in eine offene konfessionelle Konfrontation nur verlangsamen, aber nicht aufhalten. Mit der steigenden Zahl an Opfern entwickelte sich eine Eigen-dynamik der Gewalt. Öffentliche religiöse Rituale wie Beisetzungen und Trauerzüge wurden zum Anlass für neue Proteste und weitere Mobilisierung und damit auch für neue Gewalt. Religiöse Bekundungen und ein religiöser Wortschatz gewannen in den folgenden Wochen bei den Demonstrationen immer mehr Raum. Aufrufe zum Dschihad und das Tragen von Leichentüchern (als symbolischer Ausdruck der Bereitschaft zum Märtyrertod) verbreiteten sich im April in Baniyas und in Homs.<sup>87</sup> Dies spielte der Strategie des Regimes in die Karten, den Aufstand als einen von radikal-islamistischen Gruppen kontrollierten Umsturzversuch zu verunglimpfen, schreckte aber auch zunehmend solche Mitglieder der nicht-sunnitischen Gemeinschaften ab, die anfänglich an den Demonstrationen gegen das Regime teilgenommen hatten.<sup>88</sup> Die von der Grünen Bewegung<sup>89</sup> im Iran aus dem Jahr

<[www.aljazeera.net/news/pages/750e8e7a-35ab-4811-8c0d-6620195799f0](http://www.aljazeera.net/news/pages/750e8e7a-35ab-4811-8c0d-6620195799f0)> (Zugriff am 23.6.2014).

<sup>85</sup> Filmaufnahmen der Rede sind zu sehen unter <[www.youtube.com/watch?v=97iMoKAXfwQ](http://www.youtube.com/watch?v=97iMoKAXfwQ)> (in Arabisch, Zugriff am 28.4.2014); Barout (*Geschichte Syriens im vergangenen Jahrzehnt* [wie Fn. 83], S. 33) zählt 17 Erwähnungen des Ausdrucks »konfessioneller Konflikt« in der Rede.

<sup>86</sup> Siehe Barout, *Geschichte Syriens im vergangenen Jahrzehnt* [wie Fn. 83], Teil 5-5-2, S. 9f, <[www.dohainstitute.org/file/Get/4ff91646-1920-41f6-92cc-4f04664405b5](http://www.dohainstitute.org/file/Get/4ff91646-1920-41f6-92cc-4f04664405b5)> (Zugriff am 28.4.2014).

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Nakkash, *The Alawite Dilemma in Homs* [wie Fn. 80], S. 13.

<sup>89</sup> Demonstranten berichteten, dass sie in der ersten Phase des Aufstands in direktem Kontakt mit iranischen Aktivisten standen, die sie über Taktiken und Strategien von Protesten berieten. Persönliche Kommunikation im Sommer 2011.

2009 übernommene Protestmethode des nächtlichen »Tabkir«, bei der ganze Stadtviertel »Allahu Akbar« (Gott ist groß) von den Dächern rufen, diente vielleicht dazu, ein Gefühl von Solidarität und kollektiver Macht zu erzeugen, verbreitete jedoch auch Angst und Schrecken in den nicht-sunnitischen Gemeinschaften.

Im Gegenzug trug das Regime durch den Einsatz alawitisch dominierter Milizen und Spezialeinheiten,<sup>90</sup> durch kollektive Vergeltungsmaßnahmen gegen sunnitische Dörfer und Stadtteile sowie durch die Indienstnahme ausländischer Kämpfer mit schiitischen Hintergrund (aus dem Libanon, dem Irak und dem Iran) dazu bei, viele sunnitische Syrer davon zu überzeugen, dass die Repression vor allem konfessionell motiviert war.

Fast drei Jahre Kampf, Flucht und gewaltsamer Tod haben die Reihen der auf Integration bedachten ursprünglichen Protestführer gelichtet. Gleichzeitig drückte die zunehmende Präsenz radikaler Islamisten dem bewaffneten Aufstand einen immer deutlicher sichtbaren religiösen Stempel auf<sup>91</sup> und ließ selbst bei Syrern mit wenig Sympathie für die Assad-Familie das Gefühl entstehen, das Regime sei möglicherweise das kleinere Übel.

Der Opposition zufolge war das von Anfang an das Ziel des Regimes. Die Entlassung militanter Islamisten aus den Gefängnissen, die Aufstellung von Artillerie neben schiitischen oder christlichen Andachtsorten, um Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren, und der Einsatz alawitischer Milizen zur Niederwerfung aufständischer Viertel<sup>92</sup> werden unter anderem als Beweis dafür angeführt, dass das Regime eine bewusste und zynische Strategie verfolge, die anfänglichen Bürgerproteste in einen religiös motivierten Konflikt ausarten zu lassen. So habe es jene breite Welle der Solidarität mit den Opfern staatlicher Gewalt verhindert, die in anderen Ländern die Aufstände vorangetrieben hat, und stattdessen unter den Alawiten, wie auch bei anderen Minderheiten und säkularen Sunniten, Ängste

geschürt, die sie am herrschenden Regime festhalten ließen.

Zudem propagierte das Regime während des Konflikts durchgängig das Leitbild eines säkularen syrischen Nationalismus und stellte sich als einzigen aufrichtigen Verfechter eines multiethnischen und multireligiösen Zusammenlebens dar. Dank seines internen Zusammenhalts und der wirksamen Kontrolle über die Medien gelang es dem Assad-System, seine Vertreter immer wieder mit dieser Botschaft auftreten zu lassen. Hinweise auf konfessionell motivierte Gewalt wurden vertuscht, christliche wie sunnitische Geistliche als Kronzeugen für den inklusiven Charakter des Regimes mobilisiert. Der Opposition war es dagegen aufgrund ihrer Führungsschwäche und fehlender offizieller Strukturen nicht möglich, sich wirksam von extremistischen Strömungen zu distanzieren. Dies erlaubte es dem Regime, das Bild einer gänzlich von islamistischen Extremisten unterwanderten Bewegung zu zeichnen.<sup>93</sup>

Unabhängig von den strategischen Kalkulationen des Regimes lassen sich die Geschwindigkeit und die Wucht der konfessionellen Eskalation in Syrien nur mit der tief verwurzelten Angst vor anderen Glaubensrichtungen erklären, die ihren Ursprung in den gewaltsamen Konflikten der 1980er Jahre hat und durch die Praxis politischer Herrschaft in den folgenden drei Jahrzehnten mit Bedacht geschürt wurde. Selbst ein noch so sorgfältig geplanter und umgesetzter Masterplan hätte kein solches Klima des Schreckens und der Feindseligkeit aus dem Nichts heraufbeschwören können: Erinnerungen an vergangene, konfessionell motivierte oder so wahrgenommene Gewalttaten und erlittene Ungerechtigkeit verbanden sich zu einem äußerst leicht entflammbar gemischten. Nur ein kleiner Funke der Gewalt genügte, um es zur Explosion zu bringen.

Die syrische Opposition konnte diese Entwicklung nicht verhindern. Ein Problem lag darin, dass den Aktivisten der jüngeren Generation die Sprengkraft

<sup>90</sup> Siehe Nakkash, *The Alawite Dilemma in Homs* [wie Fn. 80]; Joseph Holliday, *The Assad Regime: From Counterinsurgency to Civil War*, Washington, D.C.: The Institute for the Study of War, März 2013, S. 10, <[www.understandingwar.org/report/assad-regime](http://www.understandingwar.org/report/assad-regime)> (Zugriff am 26.6.2014).

<sup>91</sup> Diese Beobachtung bezieht sich auf die *Wahrnehmung* von Syrern, die noch unter der Kontrolle des Regimes leben. Sie enthält keine Einschätzung über die relative Stärke oder Schwäche der säkularen/moderaten Kräfte im Vergleich zu islamistischen/radikalen Elementen und Kampfeinheiten.

<sup>92</sup> Nakkash, *The Alawite Dilemma in Homs* [wie Fn. 80], S. 9f.

<sup>93</sup> Berichten übergelaufener Soldaten zufolge wurden die Demonstranten in den ersten Krisenwochen in Anweisungen und Befehlsschreiben als »Terroristenbanden« im Solde externer, mit Saudi-Arabien verbundener Verschwörer bezeichnet. Kontakte zur Außenwelt (Verwandte eingeschlossen) wurden eingeschränkt und der Zugang zu Medien streng kontrolliert, um zu verhindern, dass anderslautende Informationen zu den Truppen vordrängen, siehe Human Rights Watch, »By All Means Necessary«. *Individual and Command Responsibility for Crimes against Humanity in Syria*, Dezember 2011, <[www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria1211webwcover\\_0.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria1211webwcover_0.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

der konfessionellen Gegensätze erst deutlich wurde, als diese schon nicht mehr in den Griff zu bekommen waren. Anfangs waren viele jüngere Syrer fest davon überzeugt, dass der überwältigende Wunsch nach einem Ende der Unterdrückung mühelos konfessionelle Differenzen überbrücken würde, die sie ohnehin häufig als irrelevant ansahen (etliche geben an, sich vor 2011 der konfessionellen Identität vieler Bekannter oder Kollegen nicht bewusst gewesen zu sein). Genauso glaubten sie, dass die Ängste der Minderheiten durch nachdrückliche Bekenntnisse zu einer alle Syrer einschließenden Solidarität überwunden werden könnten.<sup>94</sup> Die Regimekritiker der älteren Generation, die es besser wussten, leugneten und verdrängten das Problem häufig, einige so gut, dass sie das offensichtliche Wiederaufflammen des konfessionellen Fanatismus nicht wahrnahmen. Diese Haltung ging nicht selten mit der kategorischen Weigerung einher, das Problem auch nur zu erörtern. Weder symbolische Ernennungen von Kurden, Christen und Alawiten in den oppositionellen Syrischen Nationalrat bzw. in die 2012 gegründete »Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte« noch rhetorische Selbstverpflichtungen auf die nationale Einheit und auf einen »zivilen Staat«<sup>95</sup> konnten diese Ängste und Bedenken abbauen. Manche Kritiker bezeichnen diesen Diskurs gar als Spiegelbild der Strategie des Regimes.<sup>96</sup> Damit soll nicht behauptet werden, dass syrische Intellektuellen und Oppositionelle durch einen proaktiven Umgang mit dem Faktor Konfessionalismus – was zunächst einmal die Anerkennung des Problems vorausgesetzt hätte – das Abgleiten in religiös motivierte Auseinandersetzungen hätten aufhalten oder wesentlich verzögern können. Vielmehr soll aufgezeigt werden, dass Jahrzehnte der autoritären Herrschaft den Konfessionalismus tief in der syri-

schen Gesellschaft verwurzelt haben. Damit standen dem Assad-Regime politische Werkzeuge zur Verfügung die es ihm ermöglichten, die Protestbewegung in einem bestimmten Teil der Gesellschaft einzuhegen und in anderen Gruppen Ängste zu verbreiten, die diese an die Seite des Regimes zwangen.

<sup>94</sup> Interviews mit syrischen Aktivisten im Exil, Beirut (Oktober 2012, April 2013) und Kairo (Oktober 2013).

<sup>95</sup> Wie Akram Al-Bunni aufzeigt, hatten verbale Selbstverpflichtungen dieser Art häufig einen Beiklang von taktischem Opportunismus und trugen damit nicht zur Glaubwürdigkeit der Opposition bei, Akram Al-Bunni, *The Syrian Revolution and Future of Minorities*, April 2013 (Arab Reform Brief 67), S. 6f. <[www.arab-reform.net/sites/default/files/ARB\\_67\\_Syria\\_A.Al-Bunni\\_April13\\_Final\\_Layout\\_En.pdf](http://www.arab-reform.net/sites/default/files/ARB_67_Syria_A.Al-Bunni_April13_Final_Layout_En.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

<sup>96</sup> Forschungsinterviews mit den Oppositionsaktivisten Maan Abdelsalam (Oktober 2011), Salam Kawakibi (Juli 2013). Salamandra (»Sectarianism in Syria« [wie Fn. 77], S. 305) liefert eine besonders anschauliche Beschreibung für die Dilemmata syrischer Dissidenten: »Erklärte Atheisten beschuldigen sich gegenseitig des Konfessionalismus.«

## Schlussbemerkungen und Empfehlungen

Die Volksbewegungen, die 2011 in Bahrain, im Irak und Syrien und 2005 und 2011 im Libanon entstanden, nahmen für sich in Anspruch, alle sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen im Wunsch nach Veränderung zu vereinen. Jede dieser Gesellschaften war in ihrer jüngeren Vergangenheit von destruktiven konfessionellen Konflikten erschüttert worden. Dies erklärt, warum in allen vier Ländern das Narrativ einer nationalen Aussöhnung im und durch den Kampf gegen eine repressive Herrschaft ein erhebliches Mobilisierungspotential entfalten konnte. Statt als Beschützer der nationalen Einheit wurden Regime und etablierte politische Akteure als *Verursacher* konfessioneller Konflikte dargestellt. Wenn es nur gelänge, sich ihrer zu entledigen, wäre damit auch die Wurzel dieser Gegensätze entfernt. Mit diesem Argument suchten die Bewegungen der Legitimation dieser Regime den Boden zu entziehen, eine Legitimation, die sich gerade aus dem Anspruch speiste, diese potenziell konfliktträchtigen Gesellschaften zusammenzuhalten.

Die Zugkraft dieses Narrativs war 2005 im Libanon am stärksten, aus dem schlichten Grund, dass dort tatsächlich eine – wenn auch oberflächliche – Versöhnung historischer Rivalen, der sunnitischen Muslime und Christen, stattfand und Mauern der Angst eingerissen wurden. Die Ereignisse rund um den Märtyrerplatz in Beirut zwischen dem 18. Februar und 14. März sind ein besonders anschauliches Beispiel für das transformative Potential kollektiver Aktion und für die Ressourcen, die durch die Überwindung gesellschaftlicher Gräben freigesetzt werden können, besonders wenn es Gewalterinnerungen und existenzielle Ängste sind, die diese Gräben haben entstehen lassen. Sie sind auch ein Beleg für die besondere Bedeutung öffentlicher Räume in gespaltenen Gesellschaften: In drei der vier Fälle fanden die Proteste an Orten statt, die exponiert und zugleich konfessionell »neutral« und damit geeignet waren, dem Narrativ der nationalen Versöhnung einen topographischen Ausdruck zu verleihen. Im Gegensatz dazu waren die riesigen Demonstrationen in der syrischen Stadt Hama im Juli 2011 trotz einer erheblichen Beteiligung von Angehörigen der konfessionellen Minderheiten *nicht* geeignet, dieses Narrativ zu stützen. Denn Hama gilt als *sunnitische* Stadt und besonders seit dem Massaker von 1982

als Zentrum des *konfessionell* motivierten Widerstands gegen das Assad-Regime. In der Innenstadt von Damaskus hätten Demonstrationen solcher Größenordnung diese Gleichung grundlegend geändert. Es gelang aber dem Regime, die Kontrolle über diese Räume zu behaupten und für die Aufmärsche der eigenen Anhänger zu nutzen.

Diese Beobachtung weist auf das zentrale Dilemma all dieser Bewegungen hin: Ihre inklusiven Agenden und Diskurse überzeugten nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen. Auch bei Großdemonstrationen hielt sich die weit überwiegende Mehrheit mindestens einer konfessionellen Gruppe fern oder schlug sich auf die Seite des Regimes. Die individuelle Teilnahme einiger Angehöriger dieser Gruppen – oft, wenn auch nicht ausschließlich, handelte es sich um Vertreter der sozialen Elite – vermochte anfangs den Anschein von Inklusivität aufrechtzuerhalten. Doch die Hoffnung, dass die Präsenz dieser Personen größere Teile der abseits stehenden Gruppen dazu bewegen könnte, sich dem Aufstand anzuschließen, zerschlug sich spätestens, als diese stattdessen Teil einer Gegenbewegung wurden und die gewaltsame Unterdrückung der Aufständischen unterstützten oder sich sogar aktiv daran beteiligten.

Einige der Gründe für dieses Scheitern sind in den Protestbewegungen selbst zu suchen. Im Gegensatz zu ihren Vorbildern in Tunesien und Ägypten gereichte den Aktivisten in den hier erörterten Ländern das Fehlen einer zentralen und hierarchischen Führung eindeutig zum Nachteil. Informelle und spontan etablierte Entscheidungsstrukturen boten zwar Foren zur Diskussion von Slogans und Botschaften, vermochten es aber nicht, eine einheitliche politische Linie vorzugeben und alle Beteiligten darauf zu verpflichten. Radikale und auch konfessionelle Kräfte nutzten die Gelegenheit des Aufbruchs, um kontroverse und für manche Bevölkerungsgruppen bedrohliche Ziele zu propagieren. Traditionelle und neue Medien der Gegenseite griffen solche Diskurse dankbar auf, um die »verdeckte« (konfessionelle) Agenda der Bewegung zu entlarven. Die gewaltsame Repression und steigende Opferzahlen ließen die Stimmen der Radikalen immer dominanter werden. Wo eine kohärente Organisation mit einer klar strukturierten Führung viel-



leicht in der Lage gewesen wäre, solche »Extremisten« im Griff zu behalten oder sich überzeugend von ihnen abzusetzen, konnte dies einer Bewegung mit einer Vielfalt an Sprechern und Meinungen nicht gelingen. Darüber hinaus bedienten sich die Demonstranten zwar durchaus innovativer und kreativer Formen des öffentlichen Protests. Dennoch waren ihre Botschaften oft von religiöser Symbolik und Rhetorik durchsetzt, wie es in Gesellschaften, wo religiöse Praxis ein zentraler Bestandteil des Alltagslebens ist und einen der wenigen Räume mit begrenzter Autonomie bietet, nur natürlich ist. Aber da Gebetsstätten und religiös konnotierte Ausdrucksformen die Konfession einer Person verraten, war es für die Gegner dieser Bewegungen ein Leichtes, sie mit einer bestimmten Konfession zu identifizieren und damit ihren inklusiven Diskurs zu diskreditieren.

Die politischen Parteien wurden zunächst von den Massenbewegungen überrascht. In Bahrain und im Libanon schalteten sie sich jedoch schnell ein und spielten eine ausgesprochen ambivalente Rolle. Einerseits erhöhte sich so die Zahl der Teilnehmer, andererseits unterminierte die sichtbare Präsenz von Parteien mit konfessioneller Ausrichtung oder so wahrgenommenen Programmen den überkonfessionellen Anspruch. Das galt auch dann, wenn ihre Mitglieder nicht unter dem Banner der Partei marschierten und aktiv am Aufbau eines konfessionsübergreifenden Bündnisses mitarbeiteten. In Syrien hatte die prominente Rolle der Muslimbruderschaft in den Oppositionsstrukturen, die im Ausland entstanden sind, die gleiche Wirkung, trotz der Bemühungen der Organisation, ihren Diskurs mit Bekenntnissen zu demokratischen Prinzipien zu spicken. Dagegen lehnten die Aktivisten während der Proteste im Irak im Jahre 2011 jegliche Beteiligung von Parteien ab, die Teil der herrschenden Machtstrukturen waren. Das hinderte schiitische Parteien und Geistliche nicht daran, die Protestbewegung als Tarnstruktur für Baathisten und die Al-Qaida zu bezeichnen, beraubte sie aber jeder Möglichkeit, Verbündete innerhalb der offiziellen Politik zu finden. Sunnitische Politiker instrumentalisieren ihrerseits 2013 die Proteste im Nordwesten des Landes für ihren Machtkampf mit Bagdad und initiierten so eine neue Runde konfessionell motivierter Gewalt. Im Libanon stellten sich die Parteien mit konfessioneller Ausrichtung entweder offen gegen die Bewegung vom Märtyrerplatz oder nutzten sie für ihre eigenen Machtambitionen und machten damit jegliches Potential für eine konfessionsübergreifende Alternative zunichte.

All diese Faktoren trugen dazu bei, das politische Potential des Narrativs der nationalen Versöhnung zu begrenzen. Rhetorische Bekenntnisse und moralische Appelle allein erwiesen sich als unzureichend: Wenn durch kollektive politische Aktion Mauern der Angst niedergerissen und Solidarität über Gräben hinweg erzeugt werden sollen, müssen Individuen und Gruppen von beiden Seiten des Grabens sich tatsächlich von Angesicht zu Angesicht begegnen und diese Solidarität unmittelbar in die Tat umsetzen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die für die Proteste genutzten öffentlichen Räume nicht mit einer bestimmten konfessionellen Bedeutung befrachtet sind, sondern eine neutrale Plattform bilden, auf der sich alle Teilnehmer auf Augenhöhe begegnen können. Selbst in der Anfangsphase, in der die inklusiven Botschaften noch deutlich dominierten und die Parteien im Hintergrund blieben, vermochte das Narrativ der nationalen Einheit und Aussöhnung in den Gesellschaften der vier hier untersuchten Staaten nicht genügend Menschen auf beiden Seiten des Grabens zu überzeugen, um es von einem emphatisch vorgetragenen Ideal in politische Realität zu verwandeln.

Die herausgeforderten Regime nutzten diese Schwächen mit großer Effizienz. Ebenso wie die Machthaber in Tunesien und Ägypten setzten die Herrscher in Bahrain, im Irak und in Syrien sowie die politischen Akteure im Libanon die von ihnen kontrollierten Propagandawerkzeuge ein, um die Aufstandsbewegungen in die Nähe radikaler Islamisten zu rücken und/oder als Handlanger externer Akteure zu diskreditieren. Je nach Ausrichtung des Regimes wurden Saudi-Arabien, die USA oder der Iran als externe Drahtzieher ausgemacht. Wie auch in Tunesien und Ägypten bestand der Zweck dieser Propaganda darin, innenpolitische Unterstützung für die Anwendung von Gewalt zu gewinnen und die internationale Gemeinschaft zur Duldung einer solchen Reaktion zu bewegen. In Gesellschaften, die entlang konfessioneller Linien gespalten sind, bedeutet die Gleichsetzung von Volksbewegungen mit extremistischen islamistischen Organisationen jedoch auch, dass die Teile der Bevölkerung, bei denen dieser Diskurs verfängt, das so entworfene Bedrohungsszenario mit einer bestimmten Konfession identifizieren (mit der sunnitischen im Irak und in Syrien, mit der schiitischen in Bahrain oder, wie im Libanon, je nach politischem Lager mit der einen oder der anderen). Die überall verwurzelten kollektiven Erinnerungen an erlittene Diskriminierung und Gewalt, die in jüngerer Zeit erlebten Beispiele konfessioneller

Konflikte in der Region und die beschriebenen Schwächen der Bewegungen machten es den Regimen leicht, mit ihren Argumenten ausreichend Angst zu verbreiten, um den Widerhall des Narrativs der nationalen Einheit und Aussöhnung zu begrenzen.

Die Anwendung von Gewalt und die unweigerlich folgende Gegengewalt und Radikalisierung der Oppositionsbewegungen ließen die Propaganda glaubhaft klingen oder sogar tatsächlich wahr werden. Statt zu Solidarität führte die politische Auseinandersetzung nun zu vertieften Gegensätzen: Teilnehmer, die ursprünglich hinter dem inklusiven Narrativ gestanden hatten, änderten ihre Einstellung und zogen sich zurück oder schlossen sich sogar Gegenbewegungen an, die dann Gewalt zwischen den Gemeinschaften initiierten. In Ägypten konnte gewaltsame Repression im Jahre 2011 die Proteste nicht eindämmen, weil sie alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen traf (oder dies jedenfalls so empfunden wurde) und damit die Menschen zusammenbrachte, während in den hier beschriebenen Gesellschaften die Gewalt alte Wunden wieder aufriß und neue verursachte und damit die Menschen in feindselige, konfessionelle Lager auseinandertrieb.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Die Ereignisse von 2011 in Bahrain, im Irak und in Syrien sowie im Libanon 2005 und 2011 zeigen deutlich, dass gesplittene Gesellschaften das Potential für prodemokratische Bewegungen in sich bergen, die vorhandene Gräben überwinden und so neue Formen politischer Legitimation von unten generieren können. Die Herrscher bzw. die etablierten politischen Akteure, deren Position damit in Frage gestellt wurde, versuchten entweder, diese Bewegungen zu vereinnahmen und für ihre eigenen Zwecke auszunutzen, oder sie denunzierten das Narrativ der nationalen Einheit und Aussöhnung als eine getarnte konfessionelle Agenda. Diese Gegendiskurse stützten sich nicht ausschließlich auf Verleumdung. Mit ihrer Propaganda nutzten die Regime vielmehr eine Reihe der diesen Bewegungen inhärenten strukturellen Schwächen aus. Dass sich Protestbewegungen mit einer konfessionsübergreifenden Zielsetzung in religiös motivierte Konfrontationen wandelten, war nicht nur das Ergebnis einer geschickten Manipulation von oben. Es ist, wie Toby Matthiesen festgestellt hat, ein stark eigen-dynamisches Geschehen: »Wenn sich Konfessionalismus als ein wirksames Mittel erweist, um politische Gegner zu diskreditieren, wird es sich auf allen Ebenen der Gesellschaft durchsetzen und damit zu einem Prozess, der sowohl von unten nach oben als auch

oben nach unten abläuft.«<sup>97</sup> Die politischen Führungen investierten zweifellos erhebliche Energie und setzten zum Teil auch rohe Gewalt ein, um ihre Gefolgschaft zu bewegen, sich einmal mehr in den Schutz des Regimes und konfessioneller Ghettos zu begeben. Der schnelle und nachhaltige Erfolg dieser Bemühungen ist jedoch auf die historischen Erfahrungen gewaltsamer und autoritärer Herrschaft in diesen Gesellschaften zurückzuführen. Ganz gleich, ob es sich bei den bestimmenden Akteuren um Feudalherren handelte, die im 19. Jahrhundert Stammes-solidarität zur Bekämpfung von Bauernaufständen mobilisierten, um Geheimdienstagenten, die Jugendliche in monokonfessionelle Volksmilizen rekrutieren, oder um eine Monarchie, die sich selbst zum Überlebensgaranten einer konfessionellen Minderheit stilisiert: Das Schema bleibt immer das einer von oben erzwungenen Solidarität, die letztlich in eine gewaltsame Auseinandersetzung führt und damit sämtliche Optionen für horizontale Solidarität zerstört. Wie die Ereignisse von 2011 belegen, vertiefen die Herrscher und politischen Führungen in gesplitteten Gesellschaften bestehende Gegensätze und Bruchlinien durch die von ihnen angewandten Strategien und Praktiken des Machterhalts. Damit sind sie eine treibende Kraft hinter jenen Konflikten, auf deren Eindämmung und Kontrolle sie ihren Machtanspruch gründen, und tragen sie aktiv zu deren Fortdauer und zu künftiger Gewalt bei.

## Empfehlungen

Ausgehend von den obigen Analysen sollte die offensichtlichste Schlussfolgerung für politische Entscheidungsträger in Deutschland und Europa darin bestehen, dass Furcht vor ethnisch und konfessionell motivierten Konflikten kein Grund sein kann, autoritäre Herrscher zu dulden oder gar zu unterstützen. Diese Herrscher können derartige Konflikte vielleicht kurzfristig unterdrücken, werden aber, sobald ihr Machterhalt in Frage steht, solche Gegensätze für ihre eigenen Zwecke ausnutzen und so eine neue Runde der Gewalt einleiten, die den Boden für weitere Konfrontationen in der Zukunft bereitet. In gesplitteten Gesellschaften erzeugt die autoritäre Stabilität von heute den Bürgerkrieg oder sogar den Völkermord von morgen.

<sup>97</sup> Matthiesen, *Sectarian Gulf* [wie Fn. 13], S. 10.

Forderungen nach mehr Demokratie und Partizipation stoßen selten auf Gegenliebe bei autoritären Machthabern, ganz gleich, ob diese an der Spitze einer homogenen oder einer gespaltenen Gesellschaft stehen. Im letzteren Fall können sie jedoch darauf rechnen, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung sie in dieser ablehnenden Haltung unterstützen wird: nämlich jene Bürger, die glauben (oder denen weisgemacht wird), dass Demokratisierung die Position der Gruppe schwächen wird, der sie sich selbst zurechnen. Zahlenmäßig stärkere oder politisch durchschlagskräftiger Rivalen, so die Furcht, könnten dann mehr Einfluss oder gar Kontrolle über staatliche Institutionen erlangen, materielle Ressourcen für sich beanspruchen, anderen ihre sozialen Werte aufdrängen und Vergeltung für vergangene Ausgrenzung üben. Autoritäre Herrscher und politische Akteure mit konfessioneller Ausrichtung haben wiederholt demonstriert, wie wirksam solche Ängste geschürt und in Ablehnung gegenüber Demokratie an sich umgewandelt werden können.

Externe Akteure, die zu langfristigen Lösungen beitragen wollen, müssen erkennen, dass normative Rezepte für »Demokratisierung«, »gute Regierungsführung« und »Nation-Building« oft an den eigentlichen Konfliktursachen vorbeigehen. Sinnvoller erscheint, nach vorhandenen Potentialen für ein Solidaritätsbewusstsein, das die Bruchlinien überwölbt, und für eine partizipatorische Regierungsführung zu suchen und diese gezielt zu fördern. Die Ereignisse von 2011 haben nicht nur diese Potentiale deutlich zum Vorschein gebracht, sondern auch die Kräfte und Dynamiken aufgezeigt, die sie blockieren.

Eine liberale Zivilgesellschaft, die sich von organisierten Interessenvertretungen über Nichtregierungsorganisationen bis hin zu informellen Gruppen von Aktivisten erstreckt, bleibt das Fundament und der wichtigste Rückhalt für eine demokratische Regierungsführung und für das Konzept einer überkonfessionellen Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2011 (im Libanon auch 2005) war es in entscheidendem Maße der politischen Erfahrung und den intellektuellen Anregungen von Netzwerken und Individuen aus diesem Milieu zu verdanken, dass die Bewegungen anfänglich ein Narrativ entwerfen konnten, das alle Konfessionen gleichermaßen ansprach und einbezog. Jede Unterstützung für diese politisch Aktiven ist eine wertvolle Investition in die Zukunft dieser Gesellschaften, auch wenn die Wirkung oft nicht sofort ersichtlich ist. Gleichzeitig ist es wichtig, solche Akteure und Aktionsformen nicht mit zu hohen Erwartungen zu befrachten und

sie dann anhand überzogener Maßstäbe zu beurteilen und als ineffektiv abzutun. Auch wenn die Erfahrung von Solidarität im Kampf um Bürgerrechte bei einigen Individuen möglicherweise konfessionsübergreifende Anschauungen begründet oder vertieft, sind solche Gruppen allein nicht in der Lage, »die Gesellschaft über ethnische Grenzen hinweg zusammenzuschweißen und eine auf Spaltung ausgerichtete ethnische Politik zu unterminieren«<sup>98</sup>, wie es von einem Teil der Literatur zu Konfliktlösung und Friedensbildung erwartet wird.<sup>99</sup>

Wo es diesen Gruppen gelungen ist, eine Massenmobilisierung von erheblichem Ausmaß zu erreichen, war dies oft auf ihre Zusammenarbeit mit oder auf parallele Bemühungen durch Führungspersonlichkeiten zurückzuführen, die auf traditionelle Formen von Autorität und Solidarität zurückgreifen konnten. Kleriker, Oberhäupter einflussreicher Familien und lokale Respektspersonen waren oft bereit, sich dem Narrativ der nationalen Einheit und Aussöhnung anzuschließen, ohne dabei die Bedeutung konfessioneller Identifikationen grundsätzlich in Frage zu stellen. Versuche zur Schaffung politischer Plattformen, die die existierenden Spaltungen überbrücken sollen, müssen auf die Einbindung solcher Akteure zielen und ihren Einfluss und ihre moralische Autorität nutzen. Über solche Integrationsleistungen hinaus können sie auch dazu beitragen, eine Radikalisierung zu verhindern, und Versuche blockieren, Gegenbewegungen aufzubauen, auch wenn diese Fähigkeit an ihre Grenzen stößt, sobald es zu übermäßiger Gewaltanwendung kommt.

Ähnliches gilt für politische Parteien, die ihre Mitglieder häufig nach derselben Logik gemeinschaftlicher Loyalität und Repräsentation rekrutieren und

<sup>98</sup> Zitiert nach Bruce Hemmer, *The Democratization of Peace Building. The Political Engagement of Peacebuilding NGOs in Democratizing Societies*, Diss., Irvine 2009, S. 61.

<sup>99</sup> Häufig zitiert wird in diesem Zusammenhang die Studie von Ashutosh Varshney, *Ethnic Conflict and Civic Life: Hindus and Muslims in India*, New Haven 2003, die eine direkte Kausalbeziehung zwischen religionsübergreifenden zivilgesellschaftlichen Netzwerken und erfolgreicher Konfliktvermeidung herstellt. Belege dafür, dass derartige Erwartungen die US-amerikanische Strategie im Irak nach 2003 beeinflusst haben, finden sich bei Larry Diamond, *Squandered Victory: The American Occupation and the Bungled Effort to Bring Democracy to Iraq*, New York 2007. Eine nuancierte Darstellung bietet Thania Paffenholz/Christoph Spurk, *Civil Society, Civic Engagement, and Peacebuilding*, New York: Conflict Prevention and Reconstruction (CPR) Unit of the World Bank, 2006 (Social Development Papers), <[http://siteresources.worldbank.org/INTCPR/Resources/WP36\\_web.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTCPR/Resources/WP36_web.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

mobilisieren. Wer sich auf die Zusammenarbeit mit Parteien beschränkt, die einen vermeintlich säkularen, über die konfessionellen Trennlinien hinweggehenden Ansatz verfechten, lässt die Tatsache außer Acht, dass die Aufnahme solcher Bekenntnisse in eine Parteisatzung und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen – wie der Sozialistischen oder Liberalen Internationale – häufig nichts weiter als eine dünne Fassade ist, hinter der diese Parteien am Ende doch nur die Interessen einer einzelnen Konfessionsgemeinschaft vertreten. Andererseits haben Parteien, die keinen Hehl daraus machen, eine bestimmte Glaubensrichtung zu repräsentieren (wie die libanesische Hisbollah, die irakische Sadr-Bewegung, die Wifaq im Bahrain, die syrische Muslimbruderschaft), oftmals trotzdem einen inklusiven Diskurs übernommen. Solche Akteure müssen eingebunden und die praktische Umsetzung ihrer erklärten Absichten eingefordert werden, da ihr Einfluss vor Ort in der Regel so stark ist, dass es keine Lösung gegen ihren Willen geben kann.

Mit Ausnahme Syriens, wo die Bemühungen um eine politische Lösung noch immer auf unüberwindbare Widerstände treffen,<sup>100</sup> haben politische Akteure und internationale Vermittler in allen hier diskutierten Ländern Prozesse zur Konfliktbewältigung in Gang gesetzt. Der Anspruch auf Partizipation und die Ängste vor Marginalisierung müssen in diesen Dialogen gleichermaßen berücksichtigt werden. Allerdings wurden die so geschaffenen gemeinsamen Plattformen fast immer wieder aufgegeben, sobald weniger kompromissbereite lokale Akteure Unterstützung bei externen Mächten der Region fanden (insbesondere bei Saudi-Arabien und Iran). Im Ergebnis blockieren damit die strategischen Auseinandersetzungen in der Region jeden möglichen Aussöhnungsprozess in den hier besprochenen Ländern. Wenn die externen Akteure überzeugt werden können oder sich gezwungen sehen, zu einer Lösung der Konflikte beizutragen, statt zu ihrer Eskalation, sollten diese Plattformen revitalisiert und Roadmaps erarbeitet werden, die für externe wie lokale Akteure gleichermaßen verbindend sind und die mit Hilfe internationaler Institutionen umgesetzt werden.

In *Bahrain* fand die Nationalcharta, die der heute amtierende König schon 2001 vorgeschlagen hatte,

**100** Siehe Muriel Asseburg/Heiko Wimmen, *Genf II – Chancen zur Einhegung des syrischen Bürgerkriegs*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2014 (SWP-Aktuell 3/2014), <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A03\\_ass\\_wmm.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A03_ass_wmm.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

seinerzeit eine überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung. Die darin genannten Ziele spiegeln sich in dem von der Opposition im Oktober 2011 vorgelegten Manama-Dokument wider.<sup>101</sup> Trotzdem verlief der während der Ereignisse des Jahres 2011 auf den Weg gebrachte »Nationale Dialog« im Sande.<sup>102</sup> Für einen Erfolg fehlt es in erster Linie am Willen der herrschenden Dynastie, oder an der Fähigkeit ihrer reformwilligen Mitglieder, sich gegen unnachgiebige Verwandte durchzusetzen. Deutschland und Europa, und besonders Großbritannien, sollten ihren Einfluss nutzen, um dem reformbereiten Flügel den Rücken zu stärken.

Im *Irak* hatten sich die einflussreichsten politischen Kräfte des Landes im Jahr 2010 in Erbil, der Hauptstadt der Kurdenregion, bereits auf ein Abkommen geeinigt, das eine Machtteilung unter ihnen regeln sollte. Statt auf dieser Vereinbarung aufzubauen, um die wichtigsten strukturellen Schwächen der nach 2003 etablierten politischen Ordnung anzugehen, befeuerte die Regierung den Konfessionalismus, um die eigene Macht zu maximieren und ihre Gegner an den Rand zu drängen.<sup>103</sup> Ministerpräsident Nuri Al-Maliki hat sich im Gebrauch dieser Techniken als sehr geschickt erwiesen, jedoch beweist die jüngste Gewalt im Nordwesten des Irak, dass eine immer höhere Konzentration institutioneller Macht offensichtlich nicht zu mehr Stabilität führt, sondern vielmehr selbstzerstörerisch wirkt. Andererseits hat ein beträchtlicher Teil der arabischen Bevölkerung des Iraks auch unter dem unmittelbaren Eindruck eines ungeheuren Ausmaßes an religiös motivierter Gewalt immer wieder inklusive, auf einem überkonfessionellen irakischen Nationalismus beruhende Ansätze unterstützt. Der Irak braucht einen Prozess des nationalen Dialogs, der die in Erbil erreichte grundsätz-

**101** Bahrain Justice and Development Movement, »Manama Document«, [bahrainjdm.org](http://bahrainjdm.org), <[www.bahrainjdm.org/2011/10/13/manama-document-english/](http://www.bahrainjdm.org/2011/10/13/manama-document-english/)> (Zugriff am 28.4.2014).

**102** Guido Steinberg, *Kein Frühling in Bahrain. Politischer Stillstand ist die Ursache für anhaltende Unruhen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2013 (SWP-Aktuell 23/2013), <[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A23\\_sbg.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A23_sbg.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

**103** Der genaue Inhalt der Vereinbarung ist strittig, siehe ICG, *Déjà vu All over Again? Iraq's Escalating Political Crisis*, 30.7.2012 (Middle East Report Nr. 126), <[www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Iraq/126-deja-vu-all-over-again-iraqs-escalating-political-crisis.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Iraq/126-deja-vu-all-over-again-iraqs-escalating-political-crisis.pdf)>, insbes. Fn. 6. Eine englische Teilübersetzung ist verfügbar unter <[www.easyenglish4u.com/erbil-agreement-s-19-points](http://www.easyenglish4u.com/erbil-agreement-s-19-points)> (Zugriff jeweils am 28.4.2014).

liche Vereinbarung dem Urteil der irakischen Öffentlichkeit und der Wähler unterwirft. Nur auf der Basis einer solchen, in den Grundsätzen konsensuellen Plattform kann eine Formel entwickelt werden, welche die Verpflichtung zu einem vereinigten Irak mit zuverlässigen Garantien gegen Benachteiligung verbindet. Entscheidend ist, dass dieser gesellschaftliche Dialog nicht länger auf kleine Kreise politischer Akteure beschränkt bleiben darf – wohl einer der größten Fehler des politischen Prozesses nach 2003 –, sondern offen und transparent für die irakische Öffentlichkeit sein muss, um eine effektive Zurechenbarkeit des Handelns zu ermöglichen. Ebenso müssen alle Akteure einbezogen werden, die effektiven Einfluss besitzen. Das gilt insbesondere für die Clan- und Stammesführer im Nordwesten, deren Unterstützung benötigt wird, um den Krieg gegen den islamistischen Extremismus zu gewinnen, aber auch für externe Sponsoren, vor allem Saudi-Arabien und den Iran. Deutschland und Europa sollten auf der zuletzt positiven Dynamik in den Beziehungen zum Iran aufbauen und sich bemühen, einen Prozess in die Wege zu leiten, der zu einer Irak-Konferenz unter internationaler Schirmherrschaft führt. Wenn es gelingt, die iranische Klientel im Irak zu überzeugen, von ihrem Kurs der Ausgrenzung abzulassen und sich einer substanziellen Partizipation des sunnitischen Teils der Bevölkerung zu öffnen, dann könnten auch Saudi-Arabien und andere GKR-Staaten leichter zu der Einsicht gebracht werden, dass verbesserte Beziehungen mit Teheran nicht zu iranischer Vorherrschaft in der Region führen, sondern zu deren Stabilisierung beitragen werden.

Auch im *Libanon* gibt es bereits ein »Dokument der nationalen Verständigung«, das Taif-Abkommen von 1989, in dem sich alle wesentlichen Bürgerkriegsparteien und politische Akteure darauf geeinigt haben, das auf Konfessionen orientierte politische System zügig abzuschaffen. Doch mit seiner Strategie des Teilens und Herrschens verhinderte Syrien bis 2005 die vorgesehenen Schritte zur Umsetzung dieses programmatischen Beschlusses. Seitdem haben sich die Verstrickung lokaler Akteure in regionale Konflikte und die daraus resultierende tiefe Polarisierung als ebenso lähmend erwiesen. Der 2006 mit aktiver europäischer Unterstützung begonnene »Nationale Dialog« ist entsprechend ohne Ergebnis geblieben. Solange die Spannungen in der Region, und insbesondere der Bürgerkrieg im benachbarten Syrien, nicht unter Kontrolle gebracht werden, ist im Libanon keine Lösung möglich. In der Zwischenzeit wird das Verhalten der

libanesischen Armee entscheidend dafür sein, ob das Land davor bewahrt werden kann, in einen konfessionellen Bürgerkrieg abzugleiten. Externe Akteure, die zur Vermeidung von Gewalt beitragen wollen, sollten neben der Vermittlung zwischen den beiden politischen Lagern direkte materielle Hilfe für die libanesischen Streitkräfte anbieten.<sup>104</sup>

Tatsächlich steht eine überwältigende Mehrheit der libanesischen Bevölkerung hinter der im Taif-Abkommen einmal mehr formulierten Selbstverpflichtung zu einem friedlichen Nebeneinander in einer religiös und politisch pluralistischen Gesellschaft. Kein politischer Akteur, auch nicht Hisbollah, verfolgt eine Agenda der Ausgrenzung anderer konfessioneller Gruppen. Extremisten und konfessionell motivierte Hasspropaganda finden einen gewissen Widerhall, vor allem in Gemeinschaften, deren politischer Führung es an Glaubwürdigkeit mangelt, wie es etwa bei den libanesischen Sunniten der Fall ist. Aber auch solche radikale Tendenzen werden in erster Linie durch Diskurse der Angst vor den anderen Glaubensgruppen genährt und werden an Einfluss verlieren, sobald der Realitätsgehalt der entworfenen Schreckensszenarien schwindet. Das Taif-Abkommen enthält Ansätze, solche Bedrohungsgefühle durch mehr statt durch weniger Demokratie zu mindern (Dezentralisierung, zusätzliche Rechtsmittel gegen Machtmissbrauch). Sobald die Spannungen in der Region nachlassen und sich libanesischer Politiker wieder vornehmlich um libanesischen Angelegenheiten kümmern anstatt die Konflikte anderer auszutragen, gibt das Taif-Dokument einen klaren Kurs vor. Seine endgültige Umsetzung erfordert genau die Art von einfallsreichem Verhandlungsgeschick und politischem Scharfsinn für unvollkommene, aber tragfähige Kompromisse, durch die sich libanesischer Politiker immer ausgezeichnet haben. Wenn diese Prozesse erst einmal wieder tatsächlich in libanesischer Hand sind, können externe Akteure keinen besseren Beitrag zum Erfolg leisten, als sie den Libanesen selbst zu überlassen.

Eine Einigung nach dem Modell des libanesischen Taif-Abkommens wurde auch als Lösung für den Konflikt in Syrien vorgeschlagen.<sup>105</sup> Derartige Ideen basie-

<sup>104</sup> Siehe Heiko Wimmen, *Libanons langsame Selbstzerstörung. Unter dem Druck der Syrienkrise zerfallen staatliche Institutionen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2013 (SWP-Aktuell 48/2013), <[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A48\\_wmm.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A48_wmm.pdf)> (Zugriff am 28.4.2014).

<sup>105</sup> Stephan Rosiny, »Power Sharing in Syria: Learning from Lebanon's Taif Experience«, in: *Middle East Policy*, 20 (Herbst 2013) 3, <[www.mepec.org/journal/middle-east-policy-archives/](http://www.mepec.org/journal/middle-east-policy-archives/)

ren jedoch auf einer falschen Interpretation sowohl der Absichten der politischen und militärischen Akteure als auch der Art ihrer Herrschaftsansprüche. Lediglich die Partei der Demokratischen Einheit (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD), die maßgebliche Kraft unter den syrischen Kurden, nimmt für sich in Anspruch, die Interessen eines genau abgegrenzten Teils der syrischen Bevölkerung zu vertreten. Sie wird dementsprechend jeder Lösung zustimmen, die der faktischen Autonomie, die sie für diese Gemeinschaft bereits erreicht hat, formale Anerkennung verleiht. Die ideologischen und politischen Agenden aller anderen Konfliktparteien schließen es nachdrücklich aus, den Akteuren auf der jeweils anderen Seite des Grabens zwischen Regime und Opposition Legitimität, geschweige denn einen Teil der Macht zuzugestehen. Bei einigen Kräften auf Seiten der Regierungsgegner gilt das auch für jeden, der sich nicht ihrer spezifischen Auslegung des Islam anschließt.

Auch eine Organisation politischer Repräsentation entlang konfessioneller Kriterien würde den komplexen Loyalitäten, Präferenzen und Ängsten eines Großteils der syrischen Bevölkerung nicht gerecht werden. Selbst nach fast drei Jahren Krieg und konfessionell motivierter Gräueltaten gibt es wenig Anzeichen dafür, dass ein signifikanter Teil der sunnitischen Mehrheit sich selbst in erster Linie als Glaubensgemeinschaft begreift oder Führungspersönlichkeiten Legitimität verleiht, weil sie als Vertreter dieser Gemeinschaft gelten.

Eine bedeutende Zahl an Sunniten unterstützt weiterhin das Regime, lebt in Gegenden, die unter der Kontrolle des Regimes stehen, oder sucht dort Zuflucht, während die Bevölkerung in den »befreiten« Gebieten sich Gruppen widersetzt, die eine extremistische sunnitische Ideologie vertreten und dort die Obergewalt an sich gerissen haben. Es ist auch keineswegs eindeutig, dass Angst vor Vergeltung und vor islamistischem Extremismus die Mehrheit der Alawiten und anderer Minoritäten dazu getrieben hat, sich vor allem über ihre Konfession zu definieren, oder etwa die Alawiten davon überzeugt hätte, das Assad-Regime als den wahren Vertreter der Interessen der Konfessionsgemeinschaft zu akzeptieren. Viele halten stattdessen aus Mangel an Alternativen oder in der Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität an einem Regime fest, dem sie sonst wenig Vertrauen entgegenbringen. Grundsätzlich sollte diese Beobachtung optimistisch

stimmen. Eine Teilung der Macht entlang konfessioneller Linien könnte jedoch politische Führer darin bestärken, genau auf den homogenen Zusammenhalt der Konfessionsgemeinschaften hinzuwirken, den solche Systeme voraussetzen und durch besonders wirksamen Zugriff auf Einfluss und Ressourcen belohnen. Inmitten eines gewaltsamen Konflikts ist weitere Gewalt das zuverlässigste Mittel zu diesem Zweck, nicht zuletzt auch gegen Widerspruch aus der eigenen Gruppe. Nach einem Ende des Bürgerkriegs würde ein solches System die syrischen Bürger noch für Generationen in diese Kategorien einsperren.

Die Ereignisse vor Ort lassen es ohnehin sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass dieser oder irgendein anderer Masterplan zur Umgestaltung des politischen Systems in Syrien demnächst auf der Tagesordnung steht. Stattdessen könnte eine allmähliche Stabilisierung der Frontlinien und ein unbehagliches Nebeneinander der vom Regime oder den Rebellen gehaltenen Gebiete mittelfristig noch das erträglichste aller schlechten Szenarien sein. Solange kein umfassender Kompromiss in Sicht ist, wäre es für Deutschland und Europa vernünftig und zwingend, in Syrien Zugänge für humanitäre Hilfen zu öffnen und zu diesem Zweck Waffenstillstände zu vermitteln. Außerdem sollten Deutschland und Europa ihr Möglichstes tun, damit alle Kämpfer wenigstens das Kriegsvölkerrecht respektieren. Dazu wäre es nötig, zumindest indirekt mit all jenen Rebellengruppen in Kontakt zu treten, die vor Ort beträchtlichen Einfluss haben: Neben den sogenannten moderaten Rebellen der Freien Syrischen Armee wären das auch Akteure des islamistischen Spektrums und die PYD. Wo die Stabilisierung gelingt, sollte neben humanitärer Hilfe auch Unterstützung bei der Einrichtung inklusiver lokaler Selbstverwaltungsstrukturen geleistet werden, die eine effektive praktische Alternative zur Herrschaft des Assad-Regimes wären und Syrien Region für Region wieder aufbauen könnten. Solche Strategien könnten Bedenken hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Einheit des Staates aufkommen lassen, aber wenn die lokalen Governance-Strukturen inklusiv und partizipatorisch gestaltet und mit tatsächlicher Macht ausgestattet werden könnten, wären sie möglicherweise ein sehr viel stabilerer und zuverlässigerer Garant gegen autoritäre Tendenzen und Repression, als es konstitutionelle Klauseln auf der Ebene der zentralen Exekutivmacht jemals sein können.

power-sharing-syria-lessons-lebanons-taif-experience> (Zugriff am 28.4.2014).

## Abkürzungen

CANVAS	Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies (Belgrad)
CIA	Central Intelligence Agency
FSA	Freie Syrische Armee
GKR	Golfkooperationsrat
ICG	International Crisis Group
IFLB	Islamische Front für die Befreiung Bahrains
IISS	The International Institute for Strategic Studies (London)
INA	Iraqi National Accord
LKP	Libanesische Kommunistische Partei
NRO	Nichtregierungsorganisation
PYD	Partiya Yekitiya Demokrat (Partei der Demokratischen Einheit, Syrien).
SSNP	Syrische Sozial-Nationalistische Partei
TGONU	The Gathering of National Unity (Bahrain)